

Der Textil-Arbeiter

Vereint seid Ihr nichts,
Vereinzelt seid Ihr nichts.

Vereint seid Ihr Alles!

Organ zur Wahrung der Interessen aller in der Textilbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Publikationsorgan des Verbandes aller in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands (Sitz Berlin O. 27, Andraastr. 61 I. r., Hauptkassierer: Georg Treue, Berlin O. 112, Kronprinzenstr. 47, an den alle Geldsendungen — stets unter Angabe ihrer Bestimmung — zu richten sind) und der Zentral-Kassen- und Begräbniskasse für Textilarbeiter und Arbeiter anderer Berufe beiderlei Geschlechts (E. S. 12, Sitz Chemnitz).

Wöchentlich erscheint eine Ausgabe. Vierteljährlicher Bezugspreis durch die Expedition 60 Pfg., durch unsere Filialen und durch die Po 75 Pfg., durch Erleger und den Briefträger ins Haus geliefert 90 Pfg. — Vereins- und Versammlungsanzeigen 15 Pfg., Geschäftsanzeigen 50 Pfg., die dreispaltige Zeitzeile. Mitteilungen und Anzeigen müssen für die stets Mittwoch zum Versand kommende Ausgabe bis Montag früh in den Händen des Herrn Albin Hecht, Chemnitz, Uferstraße 14, sein, an welchen auch die Bezugsgebühren zu senden sind. — Postzeitungsliste Nr. — Telephon: Nr. 1900, Volkstimme.

Nr. 14. Auflage: 59500. Chemnitz, Freitag den 1. April 1904. Auflage: 59500. 16. Jahrgang.

Inhalt (Hauptblatt): Spezialteil. — Willkommen in Hannover! — Zur Situation in Crimmitschau. — Zum Streik der Gummihandwerker bei Hymann in Hartz. — Zur Generalversammlung. — Zur Erörterung. — Konferenz des oberlausitzer Agitationsbezirks. — Mitteilungen aus Fachkreisen. — Faszinierendes. — Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung. — Gewerkschaftliches. — Aus Unternehmerkreisen. — Gerichtliches. — Literarisches. — Mahnwort an den indifferenten Streiber (Webst.) — Bekanntgaben. — Verbands-Mitteilungen. — Versammlungskalender. — Dichtung. — Briefkasten. — Inserate. — Zeitschrift. — (Beilage): Christlich-National. — Zur Stickerei-Industrie im Vogelland. — Mitteilungen aus Fachkreisen.

Zug zu vermeiden ist von Webern und Weberinnen nach Erwerb bei Wegelack (Bremer Baumwollspinnerei u. Weberei), nach Erwerb bei Wapler (Wimpel), von Faszinierern nach Berlin (S. Köpplinger), von Arbeitern und Arbeiterinnen aller Branchen nach Crimmitschau, von Kammerarspinnern und Spinnereiarbeitern nach Dörschütz, von Webereiarbeitern und Spinnereiarbeitern nach Dörschütz i. W. (Dörschütz u. Paul), von Spinnern und Spinnereiarbeitern nach Naunhof i. S. (Wagner u. Söhne), von Webereiarbeitern und Spinnereiarbeitern nach Sommerfeld (M. S.), von Faszinierern und Spinnereiarbeitern und Arbeiterinnen nach Remlingen, von Gummihand-Webereiarbeitern nach Hartz i. S. (Gammann).

Willkommen in Hannover!

Wenn diese Zeilen in die Hände der Leser gelangen, treten die erwählten Vertreter unseres Verbandes zum nächsten Male seit Erhebung des Verbandes zusammen, einerseits um die Vergangenheit Revue passieren zu lassen, andererseits um über die zukünftigen Geschicke des Verbandes zu raten und zu taten. Und wahrlich, die Aufgaben der diesmaligen Generalversammlung sind äußerst wichtige. Ja wir möchten behaupten, daß keiner ihrer Vorgängerinnen so hohe Ziele gesteckt waren wie diesmal. Zwar wurden all die Fragen, die in der diesmaligen Tagung zur Erörterung kamen, auf früheren Generalversammlungen lebhaft debattiert. Jedoch es kann nicht immer bei inhaltsreichen Debatten bleiben. Die Verhältnisse drängen zur Entscheidung. Es sind Lebensfragen für die weitere gedeihliche Fortentwicklung des Verbandes, welche uns die Notwendigkeit aufzwingen, Beschlüsse von tief einschneidender Bedeutung herbeizuführen. Daß die Meinungen in den wichtigsten Fragen der Tagesordnung sehr weit auseinandergehen, kann nicht überraschen. Das war immer so, wird auch in Zukunft so bleiben; und nicht nur bei uns Textilarbeitern, sondern überall in der modernen Arbeiterbewegung. Und es ist gut so. Es ist ein Zeichen der regen Anteilnahme des Einzelnen an der Gesamtarbeit, das Streben, das Beste zu fördern. Zwar werden die Geister diesmal lebhafter denn je aufeinanderprallen, und es wird nicht ganz leicht sein, einen gefunden Kern herauszuschälen. Aber wir hegen die feste Zuversicht, daß die Auserwählten der zentralorganisierenden Textilarbeiterchaft von den übrigen Organisationen, die uns voraus sind, einiges gelernt haben, vor allen Dingen aber auch aus der eignen Geschichte unserer Organisation. Und nicht zuletzt wird die gegenseitige offene Aussprache dazu beitragen, manches Vorurteil zu überwinden. Nicht nur unsere Verbandsmitglieder sind es, welche in diesen Tagen ihre Aufmerksamkeit den Verhandlungen in Hannover zuwenden; nicht nur die übrigen Gewerkschaftsorganisationen des In- und Auslandes werden die Debatten, die gepflogen werden, lebhaft verfolgen. Nein, auch ganz besonders wird es der Feind sein, das koalierte Unternehmertum, welches genau aufpassen wird, wie wir die Waffen zu neuem Vorwärtsschreiten schmieden. Hoffen wir, daß das Ergebnis der Tagung ein für die weitere Stärkung der Organisation förderndes wird.

**Wilt auf zur Arbeit in Hannover!
Der Lokal-Ausschuß.**

Zur Situation in Crimmitschau.

Man schreibt uns aus Crimmitschau: Daß das Unternehmertum sein Mittel unerschrocken läßt, um der aufwärtsstrebenden Arbeiterbewegung das Gängelband zu brechen, haben wohl die Vorgänge in Crimmitschau eine Menge Beispiele. Die heilige Dreifaltigkeit: Kapital, Behörden und Gesellschaften hat sich vereinigt, um die Arbeiter zu zerschlagen, die um einen Ausweg für fünf lange Monate kämpften. Keine Mittel wurden von jener Seite verschont, um die Arbeiter niederzustimmen. Der nun aber eintritt, daß nach der Beendigung des Kampfes der Frieden wieder eintritt, liegt sich bitter enttäuscht. Mit allen den Unternehmern zur Verfügung stehenden Mitteln, ob geistlich oder

ungeistlich, suchen diese Herren der Organisation den Garaus zu machen. Gleich nach der Beendigung des Kampfes erdrosselten sich eine Anzahl dieser Herren, ihren Arbeitern die Verbandsbücher abzunehmen, um sie so aus dem Verbands zu drängen. Bis heute haben nachstehende Firmen: F. W. Weigelt, C. F. Hoffmann, Kirchhöbel u. Wagner, Emil Schönfeld, Gebr. Kempke, Donath u. Komp., C. G. Bente, Julius Schmidt, Scheidt u. Komp., Heinrich Schönfeld, Gebr. Fißch, Gebr. Spengler, Karl Wilhelm, Christoph Händel, F. Weidemüller, Otto Welterlein, Eduard Ullig, Albert Wulker, Hermann Gubelt, Bernhard Paaf, Hermann Pfahner, Geißler u. Selbmann, Schmidt u. Witz, Carl Wötcher, Feiner u. Schumann, Paul Hoffmann, Robert Sarfert, Ferd. Ehrter, C. W. Schmidt, Hermann Schönfeld und Hermann Kürzel dieselben noch nicht abgeliefert, trotzdem sie wissen, daß die Bücher Verbands-eigentum sind und sie von unfrem Bevollmächtigten durch folgendes Schreiben aufgefordert worden sind, die Bücher herauszugeben.

Dieses Schreiben lautete:
Crimmitschau, den 28. März 1904.

Zu Händen des Herrn ...
Der unterzeichnete Bevollmächtigte des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, Ortsgruppe Crimmitschau, ersucht Sie hierdurch, die in Ihren Händen befindlichen Mitgliedsbücher unverzüglich an untenstehende Adresse abzuliefern.
Nach einem Schreiben Ihres Vorstehenden war feststehend, daß Sie und die Mitgliedsbücher ... werden, was aber bis heute nicht geschehen ist.
Um Weiterungen vorzubeugen, liegt es in Ihrem Interesse, dieser Aufforderung nachzukommen.

Albin Hecht,
Bevollmächtigter des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes,
Ortsgruppe Crimmitschau, Herrengasse 18.

Der Vorst. des Spinner- und Fabrikantenvereins, Herr A. Schmidt,
gab folgende Antwort:
Crimmitschau, den 25. März 1904.

Spinner- und Fabrikanten-Verein,
Crimmitschau,
Ortsgruppe Crimmitschau
des Verbandes von Arbeitgebern
der Sächs. Textilindustrie zu Chemnitz.

An den Bevollmächtigten des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, Ortsgruppe Crimmitschau,
Herrn Albin Hecht, hier.

Sie haben unterm 28. d. Mts. die Mitglieder des unterzeichneten Vereines aufgefordert, Ihnen die Quittungsbücher seiner Arbeiter zuzusenden.

Wir teilen Ihnen hierdurch mit, daß wir diese Bücher als Eigentum unfre Arbeiter betrachten.

Dieselben liegen, soweit sie nicht schon zurückgegeben sind, auch fernerhin lediglich zur Verfügung unfre Arbeiter bei deren Arbeitgebern.

Der Spinner- und Fabrikanten-Verein.
Lucas Schmidt, Vorstehender.

Unter der Ausrede, die Bücher seien Eigentum der Arbeiter, suchen die Herren ihren Arbeitern das gesetzlich geschützte Koalitionsrecht illusorisch zu machen. Durch das Entlassen der Beiträge sind doch nicht etwa Sachen vorgekommen, die die Öffentlichkeit zu schänden haben? Doch heraus mit der Sprache, Ihr Herren! Wie sieht es nach dieser Richtung hin?

Ein neuer Stern scheint den Crimmitschauer Fabrikanten bei der Bekämpfung der Organisation aufzugehen; ein Stern, der in Frankreich unter dem Namen „selbe Gewerkschaften“ bekannt ist, hat sich auch in Crimmitschau unter güttdiger Protection des Spinner- und Fabrikanten-Vereins bemerkbar gemacht. Er ist wohl bestimmt, bei künftigen Kämpfen eine Rolle zu spielen, die dem Verhalten des Vaterlandsverrätters gleichkommt. Diesem Verein werden nur jene Elemente beitreten, die im letzten Kampfe durch Streikbruch ihren Arbeitskollegen in den Rücken fielen und von denen Ernst Klautz sagt:

Und nun kommen „Genossen“ der Not,
Die im Kampfe uns lange Brot
Bängl schon Schiffbruch gelitten,
Die sich um schändlichen Judasgeiwinst
Haben verkauft zum Schergeradenst,
Wo die ändern gestritten.

Wie lassen hier das Statut des famosen Vereines folgen:
Verein der Arbeitswilligen von Crimmitschau u. Umgegend.

§ 1. Zweck des Vereines.
Der Verein hat seinen Sitz in Crimmitschau. Er hat den Zweck:

1. Seine Mitglieder bei Erkrankung, sowie bei Arbeitslosigkeit, insolge plötzlicher Betriebsstörung zu unterstützen. Die Unterstützung soll beginnen, wenn der dazu gebührige Fonds die Höhe von 500 Mk. erreicht hat.

Die Unterstützung wird erst nach Ansammlung des Fonds festgesetzt. Neueintretende Mitglieder haben erst nach sechsmonatiger Mitgliedschaft Anspruch auf Unterstützung.

2. Pflege des geselligen Verkehrs durch Unterhaltungs- und Vorknastabende.

3. Die Beziehung zwischen seinen Mitgliedern und deren Arbeitgebern freundlich zu gestalten, das beiderseitige Vertrauen zu befestigen und dem gemeinsamen Wohle zu dienen. Ausübung von Vergünstigungen für die Mitglieder und deren Angehörige auf dem Gebiete des Unterrichts, Bildung und Sparwesen, sowie der Hygiene behält sich der Verein für später vor.

§ 2. Aufnahme.
Aufgenommen können werden:

1. Als ordentliche Mitglieder alle Textilarbeiter und Arbeiterinnen des hiesigen Industriebezirks, welche das 17. Lebensjahr überschritten haben. Die Anmeldung hat schriftlich zu erfolgen. Die Aufnahme geschieht seitens des Vorstandes in geheimer Abstimmung nach erfolgter Anmeldung. Mitglieder der sogenannten Gewerkschaften und sozialdemokratischen Organisationen dürfen nicht aufgenommen werden.

2. Als außerordentliche, beziehentlich stiftende Mitglieder, solche Herren oder Firmen, welche am Wohle der heimischen Industrie Interesse haben und den Vereinsbestrebungen fordernd zur Seite stehen wollen.

§ 3. Vorstand.
Die Leitung des Vereines liegt in den Händen des Vorstandes derselbe wird zunächst gebildet aus:

- 1. Vorsitzenden, 1. Stellvertretenden Vorsitzenden,
- 1. Schriftführer, 1. Kassierer,
- 1. Kassierer, 1. Kassierer,
- 6. Vorstandsmitgliedern und 8. Stellvertretenden Vorstandsmitgliedern.

ferner 6. Vorstandsmitgliedern aus dem Kreise der außerordentlichen Mitglieder, welche dem Spinner- und Fabrikantenverein angehören. Der Vorsitzende und sein Stellvertreter vertreten ein jeder den Verein mit voller Wirksamkeit gerichtlich und außergerichtlich. Sie führen den Vorsitz in Vorstandssitzungen und Versammlungen. Der Vorstand ist beschlußfähig, wenn 10 Mitglieder zugegen sind.

§ 4. Vorstandswahlen.
Der Vorsitzende, der 1. Schriftführer und der 1. Kassierer bleiben je drei Vereinsjahre in Tätigkeit. Von den übrigen Vorstandsmitgliedern scheiden sowohl aus dem Kreise der Arbeitnehmer als Arbeitgeber alljährlich je drei nach dem Lose aus. Sie sind wieder wählbar. Die Wahlen der Mitglieder, welche Arbeitnehmer sind, erfolgen in den Versammlungen, diejenigen Mitglieder, welche Arbeitgeber sind, werden von dem Vorstand des Spinner- und Fabrikantenvereins gewählt.

§ 5. Vereinsjahr.
Das Vereinsjahr deckt sich mit dem Kalenderjahr. Es bildet auch die Rechnungsperiode für das Kassierenwesen. Das erste Vereinsjahr endet mit dem 31. Dezember 1904.

§ 6. Beiträge.
Einschreibegeld wird nicht erhoben, dagegen monatlich 25 Pfg. Beiträge, wovon 5 Pfg. für Vergütungsgemeinde bestimmt werden.

§ 7. Pflichten der Mitglieder.
Jedes Mitglied verpflichtet sich durch Entgegennahme und Unterzeichnung der Satzungen deren Bestimmungen zu erfüllen und den Verein, seine Zwecke und seine Mitglieder nach Kräften zu unterstützen, auch die Geselligkeitsabende möglichst pünktlich zu besuchen.

§ 8. Versammlungen.
Versammlungen finden mindestens aller Jahre einmal bei Beginn des Vereinsjahres statt, können aber vom Vorstand, insbesondere wenn Anträge von einer größeren Anzahl von Mitgliedern vorliegen, auch sonst jederzeit berufen werden.

Die Berufung erfolgt durch den „Crimmitschauer Anzeiger und Tageblatt“ und die „Crimmitschauer Stadt- und Landzeitung“ unter Angabe der Tagesordnung.

Anträge können vom Vorstand zurückgewiesen werden, wenn sie bei ihm nicht wenigstens eine Woche vorher schriftlich von mindestens 30 Mitgliedern eingereicht sind. Anträge, die gegen den Zweck und den Geist des Vereines verstoßen, werden vom Vorstand ohne weiteres zurückgewiesen.

Arbeiterinnen sind nicht stimmberechtigt. Die Abänderung der Statuten und Auflösung des Vereines kann von der Versammlung nur unter Zustimmung des Vorstandes beschlossen werden. Es gehören außerdem zu einem Beschlusse:

- a) auf Ausschließung von Mitgliedern und auf Änderung der Statuten,
- b) zu einem Beschlusse, der eine Änderung des Zwecks oder der Richtung des Vereines herbeiführen könnte,
- c) auf Auflösung des Vereines

je eine Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder.

Im Falle des nachstehenden § 15, 1 und 2, ist jedoch der Vorstand berechtigt, und verpflichtet, den Ausschluß zu verfügen.

§ 9. Ausgabe der Versammlung.
Die Versammlung hat Beschluß zu fassen:

- 1. Ueber die vom Vorstande an sie gebrachten Anträge,
- 2. Die Genehmigung des Rechnungsabchlusses und Entlastung des Vorstandes,
- 3. Die Wahl der Arbeitermitglieder in den Vorstand.

§ 10. Streiks und Anfechtung.
Bricht im hiesigen Bezirk eine Bewegung aus, die zur Lösung des Arbeitsverhältnisses von Mitgliedern der sozialdemokratischen

Organisationen führt, so hat der Vorstand alsbald Fürsorge zu treffen, dass den Vereinsmitgliedern die Möglichkeit der Fortsetzung der Arbeit sichergestellt wird. Die Mitglieder können aber nicht verlangen, dass sie in diesem Falle während der Dauer der Bewegung gerade in diejenigen Fabriken bleiben, wo sie bei Ausbruch der Bewegung beschäftigt sind, weil dies möglicherweise nicht ausführbar sein würde.

§ 11. Beteiligung von Nichtmitgliedern.
In allen Veranstaltungen des Vereins außer den Versammlungen dürfen die Mitglieder über 16 Jahre alte Nichtmitglieder als Gäste einführen.

§ 12. Austritt.
Der Austritt hat durch persönliche oder schriftliche Abmeldung zu erfolgen. Austrittende und Ausgeschlossene haben keinen Anspruch an das Vereinsvermögen.

§ 13. Ausschluss.
Der Ausschluss aus dem Verein kann erfolgen:
1. Wenn ein Mitglied mit mehr als vier Tagen im Rückstand verbleibt. Der Vorstand kann jedoch in Ausnahmefällen Bestimmung erteilen.
2. Wenn ein Mitglied gegen die Satzungen in erheblicher Weise verstößt.
3. Wenn ein Mitglied gegen Anstand und gute Sitten verstößt, oder den Anordnungen des Vorstandes Folge zu leisten verweigert. Der Ausschluss muss erfolgen:
1. Wenn ein Mitglied sich ehelos betragt.
2. Wenn ein Mitglied einer Gewerkschaft oder sozialdemokratischen Organisation beitrete oder in dem Verein sozialdemokratische Agitation betreibt.

§ 14. Auflösung.
Wird der Verein aufgelöst, so fällt das Vereinsvermögen der Stadtgemeinde Crimmitschau zu, welche es im Interesse der Arbeiter zu nützlichen Zwecken zu verwenden hat.
Crimmitschau, den 17. März 1904.

Der Vorstand. Max Graupner.
Wir wollen heute von einer Besprechung dieser neuen Arrangements absehen, müssen aber bemerken, dass ihr eine Anzahl Mängel beigemessen sind. Man wird nun wohl durch ein bestimmtes Traktat versuchen, auf die Arbeiter einzuwirken, dieser Versuchung beizutreten. Auch sollen den Arbeitern Beitrittserklärungen in den Fabriken vorgelegt werden. Also Kollegen, Augen auf! Steht fest zu eurer Organisation!
Aber nicht nur nach dieser Richtung hin haben wir den Kampf aufzunehmen, auch die Behörde sucht durch eine feindliche Maßnahme sich gegen die Arbeiter zu wenden. Bekanntlich hat die Stadtträt angeordnet, dass über die behördlichen Vorkommnisse vor, während und nach dem Ausstand nicht gesprochen werden dürfe. Wir waren schon damals von der ungeschicklichen Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts überzeugt. Auch waren wir der Meinung, dass die behördlichen Maßnahmen „nicht unter aller Kritik“ stehen; wenn etwas für die Öffentlichkeit angeordnet wird, muss man sich auch darüber in der Öffentlichkeit äußern können. Die Kollegen Vogt und Göpner, die als Versammlungsleiter jenen Beschränkungen unterworfen waren, wandten sich durch folgende Beschwerde an die Oberbehörde.

Crimmitschau, den 18. Februar 1904.

An die Königliche Kreishauptmannschaft
Zwickau.

Eubedunterzeichnete Leiter der am 9. Februar d. J. in den Sälen des „Wirts zum schwarzen Adler“ und im „Gesellschaftshaus“ tagenden Textilarbeiter-Versammlungen erheben hiermit Beschwerde gegen den Stadtrat zu Crimmitschau und die stadträtlichen Bestimmungen:

1. Die Anweisung der minderjährigen Arbeiter und Arbeiterinnen aus den Versammlungen betreffend.
2. Gegen die Beschränkungen, dass in den Versammlungen über Vorgänge, welche sich vor, während und nach dem Ausstand zugetragen, nicht gesprochen werden dürfe.

Begründung:
Nach dem sächsischen Vereins- und Versammlungsrecht ist die Anweisung der Minderjährigen nur erst dann zulässig, wenn die Versammlung eine politische ist. Diese beiden Versammlungen waren aber rein gewerkschaftliche. Dieses konnte dem Stadtrat nicht unbekannt sein. Während der Dauer des Ausstands war die Abhaltung von Versammlungen untersagt. Es war der Leitung des hiesigen Textilarbeiterverbandes nicht möglich, während dieser Zeit öffentlich zu den Mitgliedern des Verbandes sprechen zu können. Nach dem Vorgehen der hiesigen Unternehmer, welche ihr Augenmerk darauf gerichtet, den Verband zu vernichten, dadurch, dass sie die Arbeiter zwangen, sich vom Verbande abzumelden, war eine Besprechung sämtlicher Verbandsmitglieder umso notwendiger.
Da nun der Verband einen großen Teil minderjährige Mitglieder besitzt, so bedeutet eine derartige stadträtliche Bestimmung für diese die Vernichtung der Versammlungsfreiheit. Auch aus dem in den Versammlungen zu behandelnden Thema: „Westeht für die Arbeiter in Crimmitschau das Koalitionsrecht?“ war zu erwarten, dass es sich um reine gewerkschaftliche Versammlungen handelte. Im übrigen hatten ja die überwachenden Beamten das Recht, zu jeder Zeit, wenn der Redner auf das politische Gebiet zu sprechen läme, diese Versammlungen als politische zu betrachten, die Entsendung der Minderjährigen zu fordern oder dem Redner das Wort zu entziehen. Die Minderjährigen aber von vornherein von der Versammlungsteilnahme auszuschließen, halten wir für ungeschicklich.

Als ungeschicklich bezeichnen wir auch das Verlangen des Stadtrats, dass die Vorkommnisse, welche sich vor, während und nach dem Ausstande hier zugetragen haben, nicht besprochen werden dürfen. Gesetzesverletzungen sind in Versammlungen bisher nicht vorgekommen. Es steht in derartigen Fällen, wenn solches einmal geschehen sollte, dem Beamten frei, dem Redner das Wort zu entziehen, die Versammlung aufzulösen, oder gegebenen Falls auch Strafentwurf gegen diesen zu stellen.

Uns diesen Gründen ersuchen die Beschwerdeführenden: die Königliche Kreishauptmannschaft Zwickau wolle den Stadtrat zu Crimmitschau anweisen:

Den gesetzlichen Bestimmungen des sächsischen Vereins- und Versammlungsrechtes mehr Rechnung zu tragen und nicht in einer Weise zu verfahren, dass das betreffende Gesetz illusorisch gemacht wird.

Die Königl. Kreishauptmannschaft wolle im weiteren erklären, dass die vom Stadtrat zu Crimmitschau getroffenen Bestimmungen als unrecht erlassen erfolgt sind.

Einer geneigten baldigen Entscheidung entgegenstehend zeichnen
Hochachtungsvoll
Max Vogt. Oskar Göpner.

Darauf ging nachstehender Bescheid bei Ihnen ein:
Crimmitschau, am 22. März 1904.

Herrn Oskar Göpner, hier.

Auf die von Ihnen am 18. Februar 1904 erhobene Beschwerde, die von Ihnen für den 9. Februar a. c. einberufene öffentliche Versammlung betreffend, ist die in Abschrift beifolgende Verordnung ergangen.

Sie werden in Gemäßheit derselben hiermit beschieden.
Der Stadtrat: Dr. Schneider.
Dazu 1 Abschrift.

Abschrift.
Königliche Kreishauptmannschaft Zwickau.
Nr. 715 a III.
Zu Nr. XIII 896/04.

Zwickau, am 12. März 1904.

Die Königliche Kreishauptmannschaft, kollegial zusammengesetzt, hat die zu den dortigen Akten zu nehmende Immmediatengabe des Max Vogt in Crimmitschau und Gen. v. 18. vorigen Monats in Erwägung gezogen und darauf zu befinden, was folgt.

In dieser Eingabe wird Beschwerde darüber geführt, dass a) minderjährige Arbeiter und Arbeiterinnen aus der Textil-arbeiterversammlung im „Schwarzen Adler“ zu Crimmitschau am 9. vorigen Monats von dem überwachenden Beamten entfernt worden seien und

b) der Stadtrat zu Crimmitschau die Abhaltung zweier von den Textilarbeitern im „Gesellschaftshaus“ und im „Schwarzen Adler“ für den 9. Februar dieses Jahres geplanter öffentlicher Textilarbeiterversammlungen von der Bedingung abhängig gemacht habe, dass die Maßnahmen der Behörden und der Oberbehörden vor, während und nach dem Arbeiterausstande in keiner Weise einer Kritik unterzogen würden und dass sich bei der Diskussion streng an Punkt 1 der Tagesordnung zu halten sei.

Anfangend die Beschwerde zu Punkt a, so war derselben Beachtung nicht zu schenken.

In der Versammlung sollte zum Gegenstande des Referates die Frage gestellt werden, ob für die Arbeiter in Crimmitschau das Koalitionsrecht bestehe.

Wenn es aber gegenüber den Bestimmungen in § 152 und § 153 der Gewerbeordnung keinem Zweifel unterliegen kann, dass den Arbeitern in Crimmitschau ebenso wie allen Arbeitern im Deutschen Reich das Koalitionsrecht gewährt ist, so bedarf es des weiteren Hinweisens nicht, dass der überwachende Beamte zu der Annahme berechtigt war, dass mit der aufgeworfenen Frage seitens des Referenten lediglich der Zweck verfolgt werde, von seinem Standpunkte aus bei den Arbeitern den Glauben zu erwecken, dass ihnen während des Arbeiterausstandes in Crimmitschau oder kurz nach Beendigung desselben ihr Koalitionsrecht verknümmert oder verweigert worden sei und dass man die Arbeiter verhindern habe oder verhindern wolle, von einem ihnen durch die Gewerbeordnung gewährtesten Rechte Gebrauch zu machen.

Dass damit aber die Frage vom rein wirtschaftlichen auf das sozialpolitische Gebiet und auf das politische Gebiet überhaupt hinübergeleitet worden wäre, liegt auf der Hand, und ebenso wenig ist im Hinblick auf § 1 a des Gesetzes über das Vereins- und Versammlungsrecht vom 22. November 1890 die Berechtigung des überwachenden Beamten in Frage zu ziehen, die Einförmigkeit der Minderjährigen vor Abhaltung der Versammlungen zu verlangen.

Dagegen war die Beschwerde zu Punkt b insofern nicht unbedeutend, als nach den Bestimmungen des Vereinsgesetzes die Abhaltung von Versammlungen an die Erfüllung irgend welcher Bedingungen nicht geknüpft werden kann, wie es einer Genehmigung in Veranstaltung öffentlicher Versammlungen nach den Vorschriften dieses Gesetzes überhaupt nicht bedarf.

Bei den sonst gegebenen Voraussetzungen sind Versammlungen entweder auf Grund von § 5 des Vereinsgesetzes zu verbieten oder nach § 8 und 9 aufzulösen.

Es war daher auch gegenüber den gesetzlichen Bestimmungen nicht anging, die für den 9. vorigen Monats geplanten öffentlichen Textilarbeiterversammlungen von der Erfüllung gewisser Bedingungen abhängig zu machen oder dieselben nur bei Einhaltung dieser Bedingungen zu „genehmigen“, wenn man auch nicht verstehen will, dass der Stadtrat dabei vielleicht nur den — an und für sich zulässigen — Zweck im Auge gefasst habe, die Veranstalter der Versammlung zu warnen, bei einer Abweichung von der Tagesordnung und einer über das Gebiet einer gerechtfertigten und sachlichen Kritik hinausgehenden missbilligen Beurteilung behördlicher Maßnahmen nicht den Grund zu einer Auflösung der Versammlung zu geben.

Kosten für das Rechtsmittelverfahren sind nicht in Anrechnung zu bringen.

Die Königliche Kreishauptmannschaft.
Dr. Forker-Schubauer.

An den Stadtrat zu Crimmitschau.

1 Aktenlage 715 III. 1 Aktenlage XIII 205/04.
1 Aktenlage XIII 906/04. 1 Aktenlage XIII 898/04.

Stadtrat zu Crimmitschau,
18. März 1904.

Gewaltig scheint den Herren „Schlotzjünger“ ob der Niederlage der Arbeiter der Kampf geschwollen zu sein. Ohne die im Gesetze vorgeschriebenen Bestimmungen zu beachten, machen diese Herren ganz einfach, was sie wollen. Die Firma G. O. Höffel lässt ihre Arbeiter auf die Dauer von vier Wochen länger arbeiten, ohne dass die Firma die Veränderung der Arbeitszeit 14 Tage vorher angekündigt hätte. Herr Höffel ist Vorstandsmittglied des Spinner- und Fabrikantenvereins, dessen Handlungen bekanntlich „stillschweigend“ sind. In unabweisbarer Weise benimmt sich auch der Meister Vogel bei der Firma Gustav Schönsfeld. Wenn diese Herren glauben, sich gegen die Arbeiter alles erlauben zu können, so werden sie ihre Rechnung ohne die Organisation der Arbeiter gemacht haben, die sicher dafür sorgen wird, dass die Bäume der Umabnung nicht bis in den Himmel wachsen.

In übrigen wird die Arbeiterschaft allerorts sicher die Crimmitschauer weiter in ihren Kampf unterstützen, indem sie Crimmitschau meiden. Noch sind 400 Personen, darunter 250 Familienmitglieder, ausgepfindert.

Kollegen und Kolleginnen von Crimmitschau! Wenn jene Herren vom Arbeitwilligenverein auch aufordern, ihm beizutreten, gebt ihnen die rechte Antwort dadurch, dass ihr diese Aufforderung einfach ignoriert und so mit Stolz ein euch beleidigendes Anstinken zurückweist.

Zum Streit der Gummiband-Weber bei Heymann in Fürth.

Am Dienstag den 15. März traten die Arbeiter der Firma Heymann in den Streit, da ein Kollege gemahnt wurde, weil er sich einen gerichtlich verhängten Wohnarrest nicht gefallen lassen wollte. Herr Heymann hätte es in der Hand gehabt, dem Arbeiter den Abzug zu erleichtern. Bei der Auseinandersetzung hierüber ließ sich der Kollege zu einer Aeußerung hinweisen, die er vielleicht besser nicht getan hätte und auch foglich mit Bedauern zurücknahm.

Statt jeder Rücksicht zog er hinaus, vermutlich weil er der organisiertesten Arbeiterschaft bei Vertretung ihrer Rechte den Anwalt gegenüber seinen Mann stand. Wie wenig Geschick und wieviel Behagen trat Herr Heymann den Vorgang, der sich im Kontor zwischen ihm und seinem Arbeiter abgespielt hatte, in der Öffentlichkeit durch Zeitungsinserate breit, um dann mit Pathos zu erklären, er sei blamiert, wenn er sich das gefallen lasse. Leider war der Stand hier nicht ungünstig. Vier „Fische“ blieben foglich hängen und weitere neun Mann hatten Verträge von zweijähriger Dauer und stießen sofort um, als ihnen mit Gewerbegerichts Klagen gedroht wurde.

Bevor diese Fische für Profit und Ausbeutung zur Fabrik gingen, vergaßen sie zum Teil nicht, sich Unterstützung an-

zahlen zu lassen. Da die Arbeitwilligen etwa die Hälfte der Belegschaft darstellten, waren trotz dreimaliger Verhandlung der Kommission im Beisein des Kollegen Höffel-Berlin und zuletzt zusammen mit den Herren Magistratsräten Bick und Kirchhorn die Beratungen völlig ergebnislos.

Bei Wiederannahme der Arbeit wurden 80 Arbeiter und Arbeiterinnen zurückgewiesen, darunter sechs verheiratete, obwohl sie zum Teil erst durch Heymann unter Bewilligung von Vorschuss bis 200 Mk. dorthin gelockt worden waren. Selbigen Ehrenwort hatte Herr Heymann den Arbeitern vor einiger Zeit gegeben, dass ein Arbeiterausschuss eingesetzt werden solle. Der Arbeiterausschuss ist nicht geschaffen worden.

Die Kollegen werden die Lehren dieses Kampfes nach jeder Seite hin beherzigen. Einem so gewichtigen Arbeitgeber sind die Kollegen mit ihrer Tatkraft nicht gewachsen, und Herr Heymann kommt sich in Folge seines leichten Sieges. Der Prozenzstandpunkt erfordert, dass man Arbeiter, die „unbotmäßig“ sind, durch Zwang auf die Knie zwingt. Das einzige Mittel, die Scharte gelegentlich wieder gründlich anzuzuregen, ist: Festhalten an der Organisation und Verhinderung des Zugangs.

In alle Gummiband-Weber des In- und Auslandes richten wir daher die Aufforderung, aufmerksam zu sein auf die Firma Heymann und sich nicht nach Fürth locken zu lassen. Bis auf weiteres ist die Sperre über die Firma Heymann verhängt.

Zur Generalversammlung.

Beitragsverböhung, Arbeitslosenunterstützung, Gaueinteilung und Generalstreik. Das werden voraussichtlich die Gegenstände sein, mit denen sich die demnächst beginnende Generalversammlung zu befassen haben wird. Zur Beitragsverböhung möchte ich bemerken, dass ich nicht zu denen gehöre, die ohne weiteres sagen, die Textilarbeiter seien nicht in der Lage, höhere Beiträge zu leisten. Es gibt ja wohl ganze Gruppen besser bezahlter Arbeiter und Arbeiterinnen, die ganz gut einen höheren Beitrag leisten könnten, ohne sich deshalb etwas abdarben zu müssen. Andererseits haben wir Kollegen, für welche 20 und auch 10 Pfg. schon zu viel sind, weil sie mit ständiger Unterbilanz ihre Wirtschaft führen müssen. Wenn diese Schichten der Organisation angehöben, so tun sie es aus Solidaritätsgefühl und Neberzeugungstreue. Wo diese beiden Eigenschaften stark genug entwickelt sind, darf man mit Sicherheit annehmen, dass sie auch vor einem größeren Opfer nicht zurückschrecken würden, wenn es unbedingt notwendig wäre.

Für mich entsteht nun die Frage? Ist eine Beitragsverböhung nicht mehr zu umgehen? Ich sage: gewiss, sie kann ohne Schaden umgangen werden. Der Ausgang des Crimmitschauer Kampfes, der so oft für die Beitragsverböhung ins Feld geführt wird, beweist eher das Gegenteil. Nicht Mangel an Mitteln ist es gewesen, der den Abbruch des Kampfes herbeiführte, sondern Gründe, welche auch eingetreten wären, wenn der Beitrag doppelt und dreifach so hoch gewesen wäre. Es war der Jutrag unorgauisierter Massen aus allen Teilen Deutschlands. Waren die Textilarbeiter anderwärts prozentual so vranstreckt gewesen wie in Crimmitschau, dann wäre den Arbeitern zweifellos der Sieg zugefallen, auch bei dem jetzigen Beitrag. Also auf Ausbreitung des Verbandes muss meines Erachtens nach die ganze Kraft verwendet werden. Es ist ein Unglück, mit hohen Beiträgen die fehlenden Mitglieder ersetzen zu wollen. Es kann nicht gelingen, mit einer verschwindenden Mitgliederzahl einen erfolgreichen Kampf für die Gesamtarbeiterschaft zu führen. Ich sage also: Weg mit der Beitragsverböhung! Welche man es nicht abermals den schlechtgestellten Verbandsgeoffenen schwer, ihrer Organisation treu zu bleiben bezug. Ihr beizutreten. Sollte die Generalversammlung die bestehenden Unterstützungsbeirichtungen besser ausbauen wollen, was ja empfehlenswert ist, so könnte man schließlich dem Plane beistimmen, den Beitrag auf 25 Pfg. zu setzen und die unpopulären Extraleuen mit in Wegfall zu bringen. Diese Aenderung würde hoffentlich dem Mitgliederbestand nur wenig Schaden bringen. Gibt man von diesem Beitrag 70 Proz. der Hauptkasse und 30 Proz. dem Orte, so würden auch damit die Mittel am Orte etwas gehoben.

Meine Stellung zur Arbeitslosenversicherung ist durch das Vorhergehende bereits klar. Bei der jetzigen Mitgliederzahl halte ich diese Frage noch für verfröhlt. Soll etwas geschehen in dieser Sache, dann beantrage man den Zentralvorstand mit der Beschaffung von Unterlagen. Auf Grund derselben stelle man die voranschlägliche Beitragsverböhung fest und lasse durch eine Ur- a b s t i m m u n g vor der nächsten Generalversammlung die Mitglieder entscheiden. Die Fragen meines Erachtens ungeklärt lauten: Sind Sie für die Arbeitslosenversicherung? Wenn nicht, sind Sie für eine fakultative Versicherung? Wenn ja, würden Sie sich der letzteren anschließen? Die voranschläglichen Beitragsätze müßten auf den Fragezetteln deutlich vermerkt sein. Auf diese Weise ließe sich ein klares Bild über die wirkliche Ansicht über diese Sache gewinnen und die Generalversammlung hätte ein leichtes Arbeiten. Zur Gaueinteilung möchte ich bemerken, dass ich nicht genehmigend dagegen wäre. Wäre es nicht möglich, wenigstens an den dringendsten Plätzen Gaue ins Leben zu rufen? Vielleicht würden zwei oder drei Gaue mit den vorhandenen Mitteln auszubauen und zu unterhalten sein. Wenn man dieser Sache rein sachlich nähertritt, gelingt es vielleicht, ohne übermäßige Opfer einen Anfang zu machen.

Mit dem letzten Punkt, dem Generalstreik, will ich mich nur kurz befassen, da mir dafür, wie man mit 6-8 Proz. organisierter Arbeiter einen „Generalstreik“ führen will, jedes Verständnis abgeht. Das fehlte gerade noch, dass wir von Zeit zu Zeit einmal auf unsere Kosten eine Pause machen, damit die Fabrikanten in die Lage kämen, einen Teil ihrer etwa aufgesehenen Lagerbestände los zu werden und die Preise in die Höhe schrauben zu können. Von einem Generalstreik wollen wir einmal reden, wenn wir 50 bis 80 Proz. organisiert haben. Ich glaube aber, dann würden wir auch ohne denselben unseren Wünschen Geltung verschaffen können. Nun Glück auf zur Arbeit! Schumann-Rodisch.

Zur Erwiderung.

Auf den Artikel in Nr. 18 „Zur Beitragsverböhung“ habe ich zunächst der Redaktion auf ihre Bemerkung zu erwidern, dass ich meine Folgerungen nicht aus dem Fettdruck des Namens G e t e l gezogen habe, sondern aus der Adresse dieses Kollegen, wie ich sie aus dem neuen Verzeichnis kenne. Die Bemerkung der Redaktion ist also hinfällig. Das meine Vermutung übrigens richtig ist, wird durch den Ausfall des Kollegen Getel gegen mich bestätigt. Dass ich den Kollegen gerade an seiner empfindlichsten Stelle getroffen, bedaure ich sehr, doch sein Bekändnis, dass auch er (Getel) früher zu den „Gamentörern“ gehörte, ist immerhin ein Trost für mich.

H. Feilker, Rönnsburg.

Wir wußten zunächst nicht, wie die Bemerkung des Kollegen Wf. gemeint war. Da aber Kollege G. davor warnte, seinen Namen wieder fett drucken zu lassen, kamen wir auf denselben Gedanken, von dem Kollege G. beherzigt gewesen zu sein schien. D. Wf.

Konferenz des Oberlauscher Agitationsbezirks.

Abgehalten in Großschau am 19. März 1904.

Der Vorsitzende des Agitationskomitees, Kollege Gustav B w a b r, eröffnete gegen halb 8 Uhr mit einer kurzen Begrüßung

de Konferenz. Anwesend waren 26 Delegierte, welche 16 Ortsvereine vertraten, darunter die österreichischen Ortschaften Wambörs, Schönborn, Zilppendorf, Rumburg und Georgswalde.

Als erster Punkt gelangte „Stellungnahme zu den zur Generalversammlung in Hannover gestellten Vorschlägen“ zur Verhandlung. Dieser Punkt war hauptsächlich mit auf die Tagesordnung gesetzt worden, damit die Delegierten ein Bild von der Stimmung in diesem Kreise bekommen sollten, weil es vielen Ortschaften nicht möglich gewesen ist, in Versammlungen Stellung zu den Vorschlägen zu nehmen.

Ueber Punkt „Beitragsteigerung“ entspann sich eine längere Debatte. Sämtliche Redner sprachen sich gegen eine Beitragserhöhung aus. Man dürfe die Textilarbeiter nicht mit den Holzarbeitern, Metallarbeitern oder Buchdruckern vergleichen. Die Textilarbeiter seien infolge der niedrigen Löhne nicht im Stande, soweit an Beitrag zu leisten wie besserbezahlte Arbeiter. Wenn man auch der Meinung war, daß mit 20 Pf. Wochenbeitrag auf die Dauer nicht auszukommen sei, solle der Verband sich auch fernerhin seinen an ihn gestellten Anforderungen gewachsen zeigen, so möchte diese Generalversammlung doch von einer Beitragserhöhung absehen, um erst eine genügende Propaganda dafür machen zu können. Kollege Rucke-Neugersdorf hält den Antrag 5 (Masseneinteilung) für den gerechtesten, wovon jedoch Kollege Mann-Wambörs nach Erfahrungen, die der österreichische Verband damit gemacht hat, abweist, da man auch dort bestrebt sei, die niedrigsten Klassen abzuschaffen. Bei den Punkten „Zuschußfragen“, „Gemeinregeln“, „Arbeitszeiten“, „Umzugs-, Reise-, Gehalts- und Streikunterstützung“ war man der Ansicht, weil man erst jene Beitragserhöhung abgelehnt hatte, so könne man auch nicht verlangen, daß das Unterstützungswoesen mehr ausgebaut werden soll, wenn der Verband nicht nur eine Unterstützungs-, sondern auch eine Kampfesorganisation bleiben soll. Auch der Punkt „Gauzeinteilung“ fand keine Sympathie, schon wegen der zu hohen Kosten. Auch lasse sich eine Gauzeinteilung mit besoldeten Beamten ohne eine Beitragserhöhung nicht durchführen. Der Zentralvorstand möge nur die Agitationskomitees mehr unterstützen; diese könnten dann mehr leisten als ein Gauzbeamter. Sollte der Verband einmal 100 000 Mitglieder zählen, lasse sich eher darüber reden.

Kollege Zwarer berichtete noch über die vorige Oeuvre in Berlin abgehaltene Konferenz. Obgleich er gegen eine Gauzeinteilung sei, habe er doch für den Entwurf gestimmt, da die letzte Generalversammlung einen dahingehenden Beschluß gefaßt habe.

Die Delegierten wurden beauftragt, energisch gegen die Gauzeinteilung Stellung zu nehmen; sollte sie trotzdem beschloffen werden, dafür einzutreten; das vorläufig nicht leben, sondern nur einer, höchstens zwei Beamte angestellt werden. Sollten diese dann solche Erfolge, wie man sie sich jetzt verspricht, aufzuweisen haben, wäre es immer noch Zeit, mehr Beamte anzustellen.

Bei Punkt „Fachzeitung“ sprach man sich für den Antrag 80, nach dem der „Textilarbeiter“ in eigene Hände übernommen werden soll, aus. Wenn auch der „Textilarbeiter“ in den letzten zwei Jahren besser geworden sei, so könne man doch noch nicht mit ihm zufrieden sein. Das sei wohl ein Grund, warum der „Textilarbeiter“ von den meisten Kollegen nicht gelesen werde. Der Redakteur zeige überhaupt eine besondere Klugheit in seiner Schreibweise, von Sozialpolitik bringe er überhaupt sehr wenig, die meisten Artikel seien von den Kollegen aus dem Lande. Hier sei der Siffer, anderen Verbänden nachzugehen, besser am Platze als bei der Gauzeinteilung.

Zu Punkt „Generalversammlung“ ist von Neugersdorf der Antrag gestellt worden, die Zahl der Mitglieder, die einen Delegierten wählen können, von 200 auf 500 zu erhöhen.

Dieser Antrag wurde besonders von Zittau und Großschönau bekämpft. Man führte aus, es sei zu begreifen, daß gerade Neugersdorf einen derartigen Antrag gestellt habe, weil Neugersdorf die Zahl von 500 bald erreicht habe. Es sei auch besser, wenn mehr kleinere Ortschaften auf der Generalversammlung vertreten wären. Dem wurde von Neugersdorf entgegnet, daß die dortigen Kollegen den Antrag nicht aus Sonderinteresse, sondern nur im Interesse des Verbandes gestellt haben, da eine Generalversammlung dem Verbands immer ein höchstes Schimmergeld koste.

Von Baugen wurde der Antrag gestellt, die Delegierten sollten auf der Generalversammlung dafür eintreten, daß die Tagesordnung zur Generalversammlung in Zukunft eher bekannt gemacht werde, wenn möglich gleich mit der Wahlausweisung, damit es den Ortschaften, die keinen eigenen Delegierten wählen können, möglich sei, sich über die Kandidaten zu orientieren.

Im zweiten Punkt der Tagesordnung: „Bericht des Agitationskomitees“, gab der Vorsitzende einen kurzen Bericht über die Tätigkeit des Komitees, sowie über den Stand der Mitglieder in den einzelnen Ortschaften im hiesigen Bezirk. Die Mitgliederzahl war dank der eifrigen Agitation der Kollegen in sämtlichen Ortschaften gestiegen. Die vom Agitationskomitee an die Bevollmächtigten gestellten Fragebogen waren sämtlich, außer Cunevalde und Großschönau, beantwortet eingegangen; letzter Ort hat seinen Verpflichtungen noch auf der Konferenz nach. Zur Cunevalde hatte es nicht für notwendig gehalten, seinen Verpflichtungen nachzukommen, und so mußte man auch die Mitgliederzahl nicht, doch sollte man sich hierüber keinen großen Hoffnungen hingeben, weil dort die Mitgliederzahl von Quartal zu Quartal gesunken sei. Zahlstellen wurden zwei gegründet, Odewitz, das selber zu Zittau, und Leutersdorf, das zu Seiffhensdorf gehörte. Agitationstouren fanden ebenfalls zwei statt. In der ersten referierte Fräulein Ida Altmann-Berlin, in der zweiten Kollege Schiller-Cimmischau. In der Diskussion wünschte Merkel-Seiffhensdorf, daß das Agitationskomitee in den einzelnen Ortschaften Material sammle über Lohn- und Arbeitsbedingungen, Lebensweise usw. und dieses dann als Agitationsbrochure zu einem billigen Preise herausgebe. Dem wurde von Seiten des Agitationskomitees erwidert, daß eine derartige Brochure schon vom Reichstagsabgeordneten Edmund Fischer verfaßt sei.

Von Baugen wurde beantragt, das Agitationskomitee möge sich mit dem Zentralvorstand in Verbindung setzen, daß, sobald eine Zahlstelle 14 Tage nach Schluß des Quartals die Abrechnung nicht eingelaufen habe, der Vorstand sofort das Agitationskomitee davon in Kenntnis setze, damit dieses sofort eine Revision vornehmen könne.

Im dritten Punkt „Agitation“ berichteten die österreichischen Kollegen, wie schwer es ihnen werde, auf gewerkschaftlichem Gebiet Fuß zu fassen. Nicht nur daß sie schwer unter dem kirchlichen Einfluß zu leiden hätten, auch die Arbeiterbildungsvereine seien eher ein Hemmschuh als ein Fortschritt in der Gewerkschaftsbewegung zu nennen. Von Seiten des Agitationskomitees wurde ihnen betreffs der Agitation die größte Unterstützung zugesichert, damit es auch in Zukunft in Oesterreich mit der Gewerkschaftsbewegung immer mehr vorwärts gehe.

Nach einem kurzen Schlusswort des Vorsitzenden wurde die Konferenz gegen 8 Uhr geschlossen.

(Zu dem uns gemachten Vorwurf der Klugheit müssen wir bemerken, daß uns von einem Redakteur, in Schloßen gesagt worden ist, daß wir mitunter viel rüdelieren, dabei aber immer „Schwänze“ hätten. Die Artikel „aus dem Lande“ sind meist so gut wie oft so notwendig, daß wir sie nicht zurückweisen können. Bei dem immer noch beschrankten Raum muß dann allerdings manches andere Interessante zurückbleiben.)

Mitteilungen aus Fachkreisen.

Dülken. Unsern Kollegen zur Kenntnisnahme, daß Ostermontag morgens 10 Uhr eine Besprechung stattfindet. Eine halbe Stunde früher Vorstandssitzung. Hauptpunkt: Maßregelung eines Kollegen. Um vollständiges Gelingen ersucht der Vorstand.

Elberfeld. (Zur Lohnfrage in der Handwerkerel.) Meutlich tagte im „Reichshof“ eine öffentliche Handwerker-Versammlung, um sich mit der von den bergischen Fabrikanten beschlossenen Lohnkürzung zu befassen. Der Geschäftsführer des Textilarbeiterverbandes, Kollege Steinbrink, führte aus, daß die Handwerker des bergischen Landes vor einer schweren Entscheidung stehen. Bisher habe die Mehrheit der Handwerker es wohl für unmöglich gehalten, daß von den Preisen der Minimallohnlöhne noch etwas abgezogen werden könne, auch würde immer noch der Ansicht gehuldigt, daß die Fabrikanten ihren Leuten Meistern eine weitere Lohnkürzung unter die Minimallohne niemals zuzumuten würden. Je rauhe Wirklichkeit habe nun aber diese Illusion mit derber Hand zertrümmert. Die Harmonie dieser der selbständigen Handwerkermeister habe durch das Vorgehen der Fabrikanten jedenfalls einen starken Stoß erlitten. Den Gesellen komme dies nicht überraschend, denn diese hätten schon längst erkannt, daß die Fabrikanten sich lediglich von den Interessen des Profits in ihrem Verhältnis zu den Meistern sowohl wie zu den Gesellen leiten lassen. Meistern führe nun den von den Fabrikanten angeführten Grund der Lohnkürzung, die ausländische Konkurrenz, ihren wahren Wert zurück. Die Herren Fabrikanten hätten trotz der auswärtigen Konkurrenz es immer noch recht gut verstanden, ihren Profit und damit ihren Reichtum ins Ungemeinere zu steigern. Auf der andern Seite sehe man, wie die Handwerkermeister von Jahr zu Jahr in ihren wirtschaftlichen Verhältnissen zurückgehen. Wie in der hier abgehaltenen Generalversammlung des bergischen Handwerker-Verbandes mitgeteilt wurde, haben z. B. die Meister des Wermelschreiner Bezirkes bei den Handwerksfabrikanten und Metzern 85 000 Mk. Schulden. In ein Dinauskommen aus dieser Schuldenlast sei kaum zu denken, aber trotzdem seien die Meister noch so dummelhaft, die Lohnfrage mit den Gesellen gemeinsam zu besprechen. Ohne Mitwirkung der Gesellen in den Fabriken seien nun aber die Meister außer Stande, die Lohnkürzungen abzuwehren zu können. — Dann kam Steinbrink auf die Meisterversammlung am Samstag zu sprechen. Er kritisierte, daß es ihm erst nach ersten Vorstellungen gelungen sei, Zutritt zu dieser Versammlung zu erlangen. Schließlich sei ihm unter gewissen Bedingungen die Teilnahme an der Versammlung gestattet worden. Das Ergebnis der Versammlung bestünde darin, daß die Meister sich bereit erklärten, von den jetzigen Minimallohnlöhnen noch 10 Proz. auf gefährdete einfache Satteln- und Wustelbinden abzugeben zu lassen, doch nur auf die Dauer eines halben Jahres und wenn der Mißschick der Fabrikanten das Versprechen gibt, weitere Lohnkürzungen nicht mehr vornehmen zu wollen. Dieser Beschluß bedeute ein nutzloses Zurückweichen der Meister und neben der Schädigung ihrer eigenen Interessen auch eine schwere Schädigung der Gesellen. Angesichts dieser ersten Situation müßten die Gesellen alles daran setzen, um die noch fernstehenden Kollegen bis auf den letzten Mann dem Textilarbeiterverbande zuzuführen, damit so die Meisten geschlossen und sie kampfbereit der Zukunft entgegengehen können. — In der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner im Sinne des Referenten aus. Die anwesenden Meister nahmen trotz Aufforderung durch den Vorsitzenden nicht das Wort und schienen mit dem Referenten ebenfalls einverstanden zu sein. Vor Schluß der Versammlung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 27. März im Lokale des Herrn Geiger tagende öffentliche Handwerker-Versammlung ist der Überzeugung, daß die Fabrikanten nicht durch die ausländische Konkurrenz, sondern durch die unumkehrbare Progressivvermehrung der Bevölkerung ihren Reichtum ins Unvergleichliche zu vermehren. Da unter den heutigen Löhnen die Handwerker nicht imstande sind, eine anständige Existenz zu fristen, nimmt mit Entschiedenheit die Versammlung Kenntnis von dem Beschluß der Generalversammlung des bergischen Handwerkermeister-Verbandes. Die Versammlung erblickt in diesem Beschluß eine Verletzung der Interessen des gesamten Handwerkerstandes des bergischen Landes und ist der Überzeugung, daß nur durch eine Kampfesorganisation auf zentraler Grundlegung, welche ihre Angelegenheiten auf internationaler Wege regeln kann, und in welcher die gesamten Handwerker als Mitglieder geschlossen gegen die Ausbeutungsgelüste der Fabrikanten Front machen können, die Gesamtinteressen der bergischen Handwerker vertreten werden können. Die Anwesenden verpflichten sich, sämtlich dem Deutschen Textilarbeiter-Verband als Mitglieder beizutreten und alles daran zu setzen, daß die Lohnverhältnisse nicht verschlechtert werden, sondern durch ein geschlossenes und energisches Vorgehen so schnell wie möglich eine Aufbesserung erfahren. Der Vorstand der Textilarbeiter wird beauftragt, sich mit dem Meisterverband ins Einvernehmen zu setzen, damit die Interessen des Handwerkerberufs besser als bisher gewahrt werden können.“

Röpenitz. (Versammlungsbericht.) Am Sonntag den 6. März fand unsere Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Scheer statt, die leider sehr schwach besucht war. Es ist unbedingt nötig, daß der Versammlungsbesuch ein regerer wird. Kollege W. Hüffel-Berlin referierte über: „Welche Lehren ziehen wir aus dem Kampfe in Cimmischau?“ An der sich anschließenden Diskussion beteiligten sich einige Kollegen im Sinne des Referenten. Sodann wurde noch über verschiedene Anträge, welche im Fachblatt veröffentlicht waren, diskutiert. — Zur Generalversammlung in Hannover wurde der Kollege Friedrich Wolf als Delegierter gewählt.

Wilmshausen a. Rh. (Versammlungsbericht.) Am Donnerstag den 10. März fand im Lokale von Böhner, Wallstraße, die dritte Fabrikanten-Versammlung der Belegschaft der Firma G. Andree statt, über deren Besuch nicht zu klagen war, selbst Nichtorganisierte waren erschienen. Das ist ein Beweis, daß auch sie den Druck der Verhältnisse am eigenen Leibe fühlen. Es fehlt diesen Arbeitkollegen leider der feste Wille, sich zu organisieren. Laut Beschluß der vorigen Versammlung wurden von Schriftführer die Nichtorganisierten namhaft gemacht. Der Ausschuss berichtete dann über eine Unterredung mit dem Chef der Firma, Herrn Otto Andree, die durch ein Schreiben des Ausschusses herbeigeführt worden war. In der Hauptsache drehte sich die Unterredung um die Feststellung, ob ein Kollege, wie er behauptete, ungerecht behandelt worden sei, was von Herrn Otto Andree bestritten wurde. Nach kurzer Diskussion ging man über die Angelegenheit zur Tagesordnung über. Der Ausschuss wurde aufgefordert, die Mitglieder des Betriebes namhaft zu machen. Als der Ausschuss diesem Wunsch nachgekommen war, versprach Herr Otto Andree, eine Untersuchung anzustellen und das Ergebnis dem Ausschuss in kürzester Zeit mitzuteilen. Am Schluß bat der Ausschuss die Versammelten, ihn im Betriebe nicht mit unangenehmen Fragen zu belästigen.

Wilmshausen a. Rh. (Situationsbericht.) Am Samstag den 10. März fand eine Fabrikanten-Versammlung im Lokale des Herrn Müller statt. Der Fabrikant Herr G. Andree hatte sie einberufen, um den Arbeitern die Unterredung mit Herrn Otto Andree und dem Direktor wahrheitsgetreu und aufrichtig zu übermitteln. Mit dem Abschlusse dieser Unterredung sind die Arbeiter aber keineswegs zufrieden gestellt; das zeigen folgende einstimmige Beschlüsse, die in dieser Versammlung gefaßt worden sind. Sollen die hiesigen Arbeiter mit den Preisverhältnissen rechnen? Dann fordern sie auch Preisfelder Arbeitsverhältnisse. 1. Dürfen zukünftig keine Stücke mehr in Grund, d. h. im Rücken der Ware gefertigt werden; 2. verlangen alle Arbeiter zwei Schichten; 3. sind sie nicht gezwungen, unter Löhnen, die den Preisfelder Löhnen nachsehen, zu arbeiten; 4. sollen die eubrelligen Wollplätscherke

mit zünftige Lohnverhältnis zu neu zweierhigen gestellt werden; 5. jede Lohnreduktion muß 14 Tage vorher bekannt gemacht werden; 6. die 5 Proz. Lohn, die am Jahresschlusse ausgezahlt werden, sollen nie früher ins Statut aufgenommen werden und sind jedem Arbeiter, der vor dem 1. Dezember die Arbeit einstellen muß, zurückzugeben. Die Arbeiter betrachten diese 5 Proz. am Jahresschlusse als ein Geld in der Hand, mit dem man den Arbeiter zu stellen gedenkt. Die beste Fessel aller ist die Bewilligung der berechtigten Forderungen. Die Verhältnisse der Fabrikverhältnisse müssen aufhören und die Arbeitsbedingungen gebessert werden, wenn man alte erfahrene Weber festhalten will, sonst kann man es ihnen nicht über nehmen, wenn sie sich sohnendere Beschäftigung suchen. Ten Unorganisierten aber raten wir, sich der Organisation anzuschließen, wenn etwas erzielt werden soll.

Neugersdorf. (Versammlungsbericht.) Sonnabend den 12. März fand in Wochs Restauration eine öffentliche Textilarbeiter-Versammlung statt, in der Kollege May Wogt aus Cimmischau über das Thema: „Was lehrt uns der Kampf in Cimmischau?“ referierte. In ausgiebigster Weise behandelte der Redner die Vorgänge während und nach dem Streik. Wenn auch der Streik verloren gegangen sei, so würde die Frage des Behinzuhaltens dennoch nicht von der Tagesordnung verschwinden, sondern man würde umso mehr bestrebt sein müssen, zusammen zu halten und die gewerkschaftliche und politische Organisation immer mehr auszubauen, um in Zukunft erfolgreicher aus einem derartigen Kampfe hervorzugehen zu können. Der zweite Punkt betraf die Wahl eines Delegierten zur Bezirkskonferenz in Großschönau. Gewählt wurde Kollege Hermann Pfeiffer. Unter gewerkschaftlichem Leit der Bevollmächtigten mit, daß Kollege Wilhelm Lücke mit 28 Stimmen als Delegierter zur Generalversammlung in Hannover gewählt worden ist. Dem abgebrannten Kollegen Gedert wurden 20 Mk. bewilligt. Die nächste Versammlung soll Sonnabend den 9. April stattfinden. In derselben wird auch der Bericht von der Generalversammlung erstattet werden. Nach einem Schlusswort des Referenten wurde die Versammlung geschlossen.

Bosamentierer = Bewegung.

Berlin 11. Am 10. März tagte die regelmäßige Mitglieder-Versammlung. Punkt 1 (Vortrag) mußte ausfallen, da der Referent nicht erschienen war. Zu Punkt 2 referierte Kollege Fritz Berger über den Betriebsverhältnissen. Das geschah nur auf speziellen Wunsch der Versammlung, denn über den Konflikt wird noch in einer Textilarbeiter-Versammlung Bericht erstattet werden. Der Vorsitzende Kollege W. Hüffel machte bekannt, daß die Geschäftsordnung der Fachkommission dahin abgeändert wurde, daß bei kleineren Streitigkeiten der Obmann befugt ist, dieselben zu schlichten. Obmann ist Kollege Wolf Schott. Des weiteren wurde das Verhalten einiger Kollegen scharf verurteilt; dieselben schämten sich, sich als Bosamentierer zu bezeichnen, trotzdem sie sich als solche ernährten. Ferner wurde von der Versammlung sehr gerügt, daß sich in letzter Zeit Kollegen, hauptsächlich in Konfektion, für weniger Lohn angeboten haben. Kollege Berger regte an, doch wieder eine Lohnskala zu erheben. Auch wurde vom Versammlung gewünscht, daß in nächster Zeit Werkstättenversammlungen abgehalten werden sollen. Dem Delegierten zum Betriebsverhältnissen wurden pro Tag 6 Mk. bewilligt. Der Kassierer verlas dann noch die Aufnahme neuer Mitglieder. Die meisten Kollegen scheinen leider verpfaffen zu haben, daß die Bosamentierer aller vier Wochen Versammlung haben

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

In der Bosenträger- und Gummihandschuhfabrik der Firma J. Gammann in Alrich sind die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Streik getreten. Die Ursache dazu war folgende:

Vor zwei Jahren wurde hier ein Meister namens Hildebrand eingestellt. Seit dieser Zeit wurde eine ganze Anzahl von Arbeitern teils entlassen oder so drangaliert, daß sie selbst den Platz räumten. Unter schändlichen Vorwänden wurden die Leute aus weiter Fernherangelockt und wurden ihnen auch von Seite der Firma zur Deckung der Nebesiedlungslosten Vorschüsse gewährt, die ihnen in Raten abgezogen wurden. Die Leute glaubten aber bald die Absicht des Meisters Hildebrand zu erkennen und schloßen sich sämtlich der Organisation an, um dem Vorhaben des Meisters und der Firma, die Löhne zu reduzieren, vorzubeugen. Trotz des hohen Prozentsatzes der organisierten Arbeiter wurde zu wiederholten Malen von Seiten des Meisters versucht, Arbeiter ohne triftige Gründe zu entlassen, so auch kurz vor Weihnachten, wo der Schriftführer des Verbandes entlassen wurde. Durch das Eingreifen der Organisation wurde derselbe zwar wieder eingestellt, jedoch war seine Arbeitszeit von sehr kurzer Dauer, denn nur zu bald mußte er einen Grund zu finden, um denselben neuerdings wieder zu entlassen. Daß die Firma etwas besonderes beabsichtigte, ersehen wir daraus, daß sie einzelne Arbeiter ins Kontor kommen ließ und sie in freundschaftlicher Weise erludte, aus dem Verbands auszutreten und ihnen für den Fall, daß sie das tun würden, versprach, mit ihnen auf längere Zeit einen Vertrag abzuschließen. In der Tat ließen sich auch einige Arbeiter durch dieses Zuckerbrod verleiten, derartige Verträge zu unterschreiben, doch nur zu bald empfanden sie, daß der süße Bissen einen sehr bitteren Nachgeschmack habe. Vor einiger Zeit hatte sich ein Kollege tonizantlich verpflichtet, bei der hiesigen Konkurrenzfirma nicht anzutreten. Diesem Arbeiter setzte man aber so zu, daß derselbe gezwungen war, den Kontrakt zu brechen und doch zur Konkurrenz überzugehen. Die Firma verklagte nun den Arbeiter auf Schadensersatz und das Resultat war, daß derselbe zu 100 Mk. Schadensersatz verurteilt wurde. Neuerdings wurde ein Familienvater, der zweiter Vorsitzender der Zillie ist, wegen geringer Ursache entlassen und es wurde uns aus sicherer Quelle mitgeteilt, daß noch mehrere Entlassungen folgen würden. Die Arbeiter konnten jedoch nicht länger diesem Treiben zusehen und sind deshalb am 15. März in den Ausstand getreten. Als Hauptforderungen wurden Entlassung des Meisters und Anerkennung des Fabrikantenschusses gestellt. Als Arbeitswillinge blieben am Platze: Robert Säter, Arthur Rabeberg (Sohn des Fabrikanten R. aus Wambörs), Ed. Hildebrand (Bruder des Meisters) und zwei Lehrlinge. Die Stimmung der Streikenden ist eine sehr gute; es werden daher die Kollegen allerorts ersucht, den Bezug von Wandwebern nach Fürth i. V. streng zu unterlassen.

Die Lohnunterschiede bei der Firma Gebrüder Feistkorn, Strumpfweberei in Tetschowitz bei Wera sind wieder beigelegt. Näheres in folgender Nummer.

In einer Weberei Großenhains wurde eine zehnprozentige Lohnreduktion angekündigt. Es sind Stühle neuerer Konstruktion in Betrieb gesetzt worden. Verhandlungen sind im Gange.

Generalstreik der Spinner Frankreichs. In Frankreich wird ein Generalstreik der Spinner vorbereitet. Am 1. April tritt der gesetzliche Feiertagstag in Kraft. Die Arbeiter, die glauben, sie können infolge der Arbeitszeitverlängerung eine Einbuße im Verdienst haben, haben Tarife, die den veränderten Verhältnissen entsprechen würden, eingereicht, um trotz der verkürzten Arbeitszeit auf ihren bisherigen Lohn zu kommen. Die Unternehmer, die diese Tarife nicht anerkennen, sollen dazu durch den Generalausstand gezwungen werden. — In Neubalg streiken schon die Weber.

Gewerkschaftliches.

Der Textilarbeiterverband veröffentlicht soeben seinen Geschäftsbericht für die Zeit von April 1902 bis März 1904. Der Verband hat in diesem Zeitraum 80 405 Mitglieder gewonnen; er zählte am Schluß des 4. Quartals 1903 60 226 Mitglieder. Der Verband erhöht hat sich die Zahl der weiblichen Mitglieder; am Schluß des 4. Quartals 1901 zählte der Verband nur 4288 weibliche Mitglieder und am Schluß des 4. Quartals 1903 schon 13 000. Gewonnen wurden 41 Orte, verloren gingen 10 Orte. Der Verband erstreckt sich jetzt auf 297 Orte. Die beiden verflorenen Jahre waren für den Verband eine Zeit aufregender Tätigkeit; wenn auch

re Zahl der Streiks keine erheblich höhere als in den Vorjahren war, so waren es doch Streiks, welche infolge ihres Umfangs und ihrer Dauer von größerer Bedeutung waren. Von 58 Streiks erhielt der Zentralverband Berichte; an diesen Streiks waren beteiligt 6770 männliche und 6828 weibliche, zusammen 13598 Personen. Die Kosten betragen 1136071 Mk.; diese Summe erhöht sich aber noch, indem die Gelder, die in Chemnitz selbst eingingen und ausgehen sind, in dieser Summe nicht enthalten sind, weil die Schlussrechnung bei Aufstellung des Berichtes noch nicht gehen werden konnte. Es fanden 20 Angriffstreiks und 38 Abwehrstreiks statt. Von den Angriffstreiks wurden 9 erfolgreich, 4 teilweise erfolgreich und 8 erfolglos beendet, von 1 Streik von Nachen ist uns das Resultat nicht bekannt; dieser Streik wurde von der christlichen Organisation geführt, vom Textilarbeiterverband waren nur 16 Mitglieder beteiligt. Von den 38 Abwehrstreiks waren 12 erfolgreich, 11 teilweise erfolgreich, 14 erfolglos und von 1 Streik in Duisburg ist das Resultat unbekannt.

Bei der ganz außergewöhnlichen Arbeit der Kassensführung infolge des Chemnitzstreiks war es unmöglich, eine Spezialisierung der Einnahmen und Ausgaben fertigstellen zu können. Die Spezialisierte Abrechnung wird aber im 2. Quartal 1904 fertig gestellt. Welche Arbeit die Kassensführung verursachte, ist daraus zu ersehen, daß von September 1903 bis 21. März 1904, also während der Zeit des Streiks und der Anspannung in Chemnitz, bei der Hauptkasse 1284299 Mk. eingingen. Da sich diese Summe aus über 11000 Einblendungen zusammensetzt, so ist es erklärlich, daß nicht Zeit bleiben konnte, die Spezialisierte Abrechnung bis zum Schluß der Geschäftsjahre fertig zu stellen. Der Zentralverband gibt eine Broschüre heraus über den Chemnitzstreik, die den Ortsverwaltungen zugesandt werden wird. Daraus werden alle Einblendungen veröffentlicht werden.

Der Christliche Textilarbeiterverband hielt am Sonntag den 18. und Montag den 19. März in Köln seine dritte Generalversammlung ab. Der „Vorwärts“ berichtete darüber: Nach den Angaben des Vorstandsberichts zählt der Verband rund 17500 Mitglieder, etwa 1000 mehr als vor einem Jahre. Der Beitrag war im Jahre 1903 von 15 auf 20 Pfg. erhöht worden, was vorübergehend einen Mitgliederrückgang zur Folge hatte. Der christliche Textilarbeiterverband ist nach dem Deutschen Bergarbeiterverband der am Mitgliedern zahlreichste unter den christlichen Organisationen. Er hat seine Mitglieder zum weitesten gehenden Teil in den katholischen Gebieten Rheinlands und Westfalens. So im Bezirk M.-Gladbach-Krefeld rund 8000, im Bezirk Nachen 4700, Bocholt-Wülfrath 4000, dagegen im protestantischen Bezirk Wermten nur 888. Im übrigen sind die Mitgliederzahlen der christlichen Gewerkschaften mit mäßiger Vorhut aufzunehmen. Die Herren lieben die „einen“ Summen. Die Einnahmen des Verbandes betragen im Jahre 1903 107875 Mk., die Ausgaben 78575 Mk.; die Hauptkasse besitzt 77000 Mk. Wie ein Vergleich der Einnahme mit dem Beitrag zeigt, stehen viele Mitglieder lediglich auf dem Papier. Der Sitz des Verbandes wird von Krefeld nach Düsseldorf verlegt. Zum Vorstandsmitglied wurde wieder Schiffer (Krefeld) gewählt. Es sollen vom 1. Mai ab drei weitere besoldete Beamte zur Betreibung der Agitation angestellt werden, davon einer speziell für das nördliche Westfalen. Die Anstellung eines Beamten für Bayern wurde abgelehnt. Es soll ein Ausschuss für den dort anzustellenden Beamten des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften geleitet werden.

In Mühlhausen in Thüringen ist es den politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen endlich nach langer Kampfszeit gelungen, ein eigenes Heim mit völlig zweckentsprechenden Räumen für Versammlungen, Herberge und dergleichen zu erlangen. Der dortige „Thüringer Hof“ ist von ihnen unter günstigen Bedingungen auf zunächst zehn Jahre mit entsprechendem Gewinnanteil gepachtet worden. Es wurde als Gewerkschaftshaus unter zahlreicher Beteiligung eingeweiht. — In Chemnitz wird auch ein „Volkshaus“ eröffnet.

Aus Unternehmertreibern.

Der Ausschuss des Zentralverbandes deutscher Industrierbeiter trat am Sonnabend den 19. März in Berlin zu einer Sitzung zusammen. Das Direktorium hat beschlossen, sich petitionierend an den Reichstag zu wenden, derselbe solle dem Gesetzentwurf betreffend die kaufmännischen Schiedsgerichte seine Zustimmung verweigern. Hauptursache dieser ablehnenden Haltung des Zentralverbandes ist das Wahlverfahren, welches nur zu Gunsten der Sozialdemokratie ausgearbeitet worden wäre. Die Handelsvertragsverhandlungen mit der Schweiz sind ins Stocken geraten, nachdem die Schweiz behufs Erlangung von großen Vorteilen ihren Tarif besonders hoch angesetzt habe, so daß derselbe keine geeignete Basis der Verhandlungen mit Deutschland bieten könnte. Herr Bueck lenkte die Aufmerksamkeit auf die Bedeutung großer Warenhäuser für die deutsche Eisenindustrie, die riesige Quantitäten von Eisen verbrauchen. Herr Bueck berichtete hierauf über die Entstehung und den Ausbruch des Streiks in Chemnitz und die davon sich knüpfenden Bestrebungen zur Gründung einer Zentralstelle der Arbeitgeberverbände. Zur Zeit seien 548 der Streikenden noch nicht wieder eingestellt, davon an 400, die wegen „unqualifizierbaren Verhaltens“ während des Streiks überhaupt nicht wieder eingestellt werden sollen. Seit die liberalen Parteien Schritter an Schritter mit der Sozialdemokratie sich an der „Verscharrung“ des Gesetzentwurfs betreffend den Schutz der Arbeitwilligen beteiligen haben, sehe man die Regierung im weichen Schritt vor Schritt vor der Sozialdemokratie zurückweichen. Da sei es erhebelnd zu sehen, wie der größte Arbeitgeber der Welt, der preussische Eisenbahndirektor Budge, der 875000 Angestellte und Arbeiter beschäftigt, seine Stellung zu der geschwundenen Macht der Sozialdemokratie nehme und sich schütze gegen die Agitatoren derselben vorgebe. Das sei der Standpunkt, den der Zentralverband von jeher eingenommen habe. Redner verlas einige markante Stellen der Neben des Eisenbahndirektors Budge und knüpfte daran unter dem lebhaftesten Beifall der Versammlung die Mahnung, diesem Beispiel des preussischen Ministers zu folgen, dann werde es gelingen, die Arbeitwilligen zu schützen und Tausende von Arbeitern, die heute unter dem Zwange der Sozialdemokratie leiden, zu befreien.

Gerichtliches.

Vor dem Schöffengericht in Weinstadt hatte sich der Kollege Hermann Beckenheit wegen Verletzung der Wirtschafsverordnung vom 15. Juli 1874 zu verantworten. Der Angeklagte hatte am 17. Januar dieses Jahres eine öffentliche Textilarbeiterversammlung in dem Saale des „Cistellers“ mit der Tagesordnung einberufen: „Was lehrt uns die Jubiläumsbewegung in Chemnitz?“. Die Versammlung wurde im hiesigen „Freischoten“ bekannt gemacht, konnte aber, weil der dazu bestimmte Referent am Erscheinungsort nicht zu finden war, nicht stattfinden. Sie wurde daher auch nicht polizeilich angemeldet. Der Gensdarm erließ deswegen ein Strafmandat von 5 Mk. wegen Nichtanmeldung einer sozialpolitischen Versammlung. Er beantragte eine richterliche Entscheidung darüber. Der Angeklagte schickte bei der Gensdarm obiger Versammlung, welche am nicht stattgefunden hat, weil er die Versammlung nicht mehr im hiesigen „Freischoten“ abberufen konnte, er wäre dann am Sonntag nachmittag 8 Uhr in das betreffende Lokal gegangen und hätte den Anwesenden bekannt gegeben, daß die öffentliche Textilarbeiterversammlung nicht stattfinden könnte, weil der betreffende Referent am Erscheinungsort nicht zu finden war. Es sollte um 4 Uhr eine

Mitgliederversammlung stattfinden, und wer nicht Mitglied des Deutschen Textilarbeiterverbandes sei, solle ruhig den Saal verlassen. Das sei auch geschehen. Er glaube daher nicht, gegen das Gesetz verstoßen zu haben. Als Belastungszeuge war der Polizeiwachtmeister Wilhelm Freund erschienen, der den Sachverhalt folgendermaßen erzählte. Er habe in der Zeitung gelesen, daß Sonntag den 17. Januar eine öffentliche Textilarbeiterversammlung im Saale des „Cistellers“ stattfinden sollte. Er sei zur bestimmten Zeit um 3 Uhr hingegangen und habe gefunden, daß es keine sozialpolitische Versammlung gewesen sei, denn es seien Personen aus anderen Berufen dagewesen, z. B. Tischler, Gerber, auch Bierstammacher, Leute, die öffentlich sehr bekannt seien. Der Zeuge bemerkte noch, daß wohl eine Versammlung stattgefunden haben würde, wenn er nicht dagewesen wäre. Der Angeklagte bemerkte, daß er die Versammlung in keinem Falle abgehalten hätte. Es habe auch erst Tage später eine Versammlung mit demselben Thema stattgefunden. Der Staatsanwalt nahm Abstand von der Stellung eines Strafantrags und stellte das Weiter in das Ermessen des Gerichts. Der Angeklagte beantragte seine Freisprechung, weil er nicht gegen das Gesetz verstoßen habe. Das Urteil lautete auf Freisprechung. Die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt. In der Begründung heißt es: Es sei festgestellt, daß keine öffentliche Versammlung stattgefunden habe. Ein Redner, der das Thema besprochen hätte, sei nicht anwesend gewesen. Der Gerichtshof sei wohl überzeugt, daß das Thema sozialpolitischen Inhalts gewesen wäre, wenn auch der Angeklagte anderer Meinung sei. Es werde aber für den Angeklagten, daß, weil keine öffentliche Versammlung stattgefunden hätte, auch keine angemeldet zu werden brauchte. Man könne ihn daher auch nicht in Strafe nehmen.

Literarisches.

Bei der Redaktion gingen folgende Schriften usw. ein: „Die Neue Zeit“, Heft 26. „Die Gleichheit“, Nr. 7. „In freien Stunden“, Heft 18. „Führer durch das Invalidenversicherungsgesetz“, Preis 25 Pfg. Die Lage der Arbeiter in der Holzindustrie. Nach statistischen Erhebungen des Deutschen Holzarbeiterverbandes für das Jahr 1902 im Auftrag des Verbandesvorstandes bearbeitet und herausgegeben von Theodor Seipart. Preis 1,50 Mk. Stuttgart 1904. S. G. W. Metzler. Ein Märchen in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Von Adolf v. Gim. Aus den „Sozialistischen Monatsheften“. Bestellungen nimmt entgegen G. Reicherts Buchhandl., Chemnitz, Liserstr. 14.

Wahrwort an den indifferenten Streiber.

In unsrer Zeit, wo eines jeden Triebe nach einem Ziel gerichtet sind, Wo ihn das Sprichlein von der Nächstenliebe Nicht mehr für seinen Sinn gewinnt:

Da steht auch du mit fleiß'gen, schweiß'gen Händen, Du, Mann der Arbeit, kämpfst und ringst Nach deinem Ziel, um fehnend zu vollenden, Woran du stehst mit Hoffnung hingl.

„Wohl mir!“ sagst du, daß diese Triebe mich befeelen, Das Leben ist fürwahr kein Spiel, Wer will mir darum noch befehlen, Daß ich nicht schreit' nach meinem Ziel?

Ich ruf dir zu: „Beseget sei dein Streben“, Du brauer Mann. Doch hör' mein Wort: Blick' mir einmal hin in's Menschenleben Und blick' auf jene Stätten dort.

Sieh nur, wie dort in Kummer, Not und Schmerzen Am Wechsellicht steht ein schwang'ros Weib, Wie das, was sie trägt heilig unterm Herzen Vergiftet wird an Seel' und Leib.

Wo man die Menschen, um ihr Leben hinzurufen, In dumpfe Räume sperret ein; Sie, die von Jugend auf das Glück vermisten, Die nie erdriemt der Sonne Schein.

Entsetzt rufft du: „Genug, ich weiß das alles, Ich bin ja selbst solch armer Wicht, Wenn ich nicht eilig schaffe, jeden Falles Das Unglück über mich 'erndriecht“.

Mein lieber Freund, laß dir im Ernst raten, Ermäge frei und folge mir; Dein Egoismus tut der Menschheit schaden, Nicht und allein nur, nein auch dir.

Ich weiß bestimmt, in uns'ren Reih'n wird's dir behagen, Wo herrscht Intelligenz und Licht, Du mußt drum auch dein Schweißlein mit beitragen Zum großen Wert, 's ist deine Pflicht!

Bekanntgaben.

Das Zentral-Agitationskomitee für Thüringen und Oberhessen macht hierdurch nochmals darauf aufmerksam, daß Nachbestellungen für das zum Versand gelangte Flugblatt nur bis zum 5. April angenommen werden können. Gelder sind zu senden an Ernst Ott, Gera, Marienstraße 11.

J. A.: Urban Bretschneider, Gera, Südstraße 28.

Verband aller in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Rüdgen, Bevollmächtigter ist jetzt Oswald Heibl, Neue Straße 7 II.

Versammlungskalender.

Versammlungen des Textilarbeiterverbandes. Allenburg, Sonntag den 10. April, nachmittags 4 Uhr, im „Freischoten“ (Neue Milt). Apolda, Sonnabend den 9. April im „Vorwärts“. Amorbach i. A., Sonntag den 17. April, nachmittags 8 Uhr, im „Bürgergarten“, Ringgasse 11. Angermünde, Sonntag den 10. April, nachmittags 8 Uhr, im „Mittelbacher Hof“. Bayreuth, Sonnabend den 9. April, abends 8 Uhr, bei Orl in Frey. Beckers-Engelshausen, Sonntag den 10. April, abends 8 Uhr, bei Orl in Frey. Bielefeld, Sonntag den 10. April, nachmittags 8 Uhr, in der „Hof“. Bismarck, Sonntag den 10. April, nachmittags 8 Uhr, bei Orl in Frey. Bismarck, Sonntag den 10. April, nachmittags 8 Uhr, bei Orl in Frey.

Colmar, Sonntag den 11. April, nachmittags 4 Uhr, im „Vorwärts“, Oststraße. Eisenberg, Sonnabend den 9. April. Falkenberg i. V., Nicht Sonntag den 8., sondern den 10. April, nachmittags 4 Uhr, im „Schiffen Hof“. Hissen, Sonntag den 10. April, nachmittags halb 8 Uhr. Köhnig, Sonnabend den 9. April, abends 8 Uhr, im „Deitern Bild“ (Franz Bicker). Guben, Sonntag den 10. April, nachmittags 8 Uhr, im „Volks-garten“. Landeshut, Mittwoch den 6. April, abends 8 Uhr, in der „Sonne“. Pechhausen, Sonnabend den 9. April, abends 8 Uhr, bei Jakob Strauß, Sommerstraße. Plegitz, Sonnabend den 9. April, abends halb 8 Uhr, im „Sandsouci“. Pörsch, Sonnabend den 9. April, abends halb 8 Uhr, in der „Palme“. Rühlheim a. Rh., Die Mitglieder-Versammlung findet nicht am 5. April, sondern Dienstag den 12. April, abends 7 Uhr statt. Rühlheim i. V., Die für den 8. April fällig gewesene Versammlung findet besonderer Umstände halber erst am Sonnabend den 16. April statt. Neumarkt, Sonntag den 10. April, nachmittags 4 Uhr, in der „Ermühle“. Neumünster, Sonnabend den 9. April, abends halb 8 Uhr, im „Glytum“. Neustadt a. Orla, Freitag den 8. April, abends halb 8 Uhr, im „Fröbels Restaurant“. Neustadt, Sonnabend den 9. April, abends halb 8 Uhr, bei Mühlenmeister, Zühlshöhe. Nowawes, Sonnabend den 9. April. Oberhofen, Sonnabend den 9. April, bei Dietrich. Oedt, Sonntag den 10. April, abends 7 Uhr, bei H. Pasch. Osnabrück a. M., Montag den 11. April. Olauen i. V., Sonnabend den 9. April, abends halb 8 Uhr, im „Schillerpark“. Reutlingen, Sonnabend den 9. April. Rühlheim, Mittwoch den 6. April, abends 8 Uhr in „Stadt-Altendorf“. Salzgitter, Donnerstag den 7. April, bei Gustav Kühn. Schwelm, Sonntag den 10. April, vormittags 11 Uhr, bei Müller, Barmerstraße. Schwiebis, Sonntag den 10. April, nachmittags 4 Uhr, bei Gondolatsch. Semmerfeld, Sonntag den 9. April, nachmittags 8 Uhr, im „Rur-schülerhof“. Sorau, Sonntag den 10. April, nachmittags 8 Uhr, in der „Gile“. Thalungen, Sonnabend den 9. April, abends halb 8 Uhr, im „Hof“. Triebes, Sonnabend den 9. April, im „Thüringer Hof“. Weida, Sonntag den 10. April, nachmittags 8 Uhr, im „Schönen-haus“ (Oberstadt). Werdau, Sonntag den 10. April, vormittags 11 Uhr, in der „Gustavsburg“. Oederan, Montag den 11. April, abends halb 8 Uhr, in der „Erholung“ Jaglahend.

Quittung.

Für Weiterbeförderung nach Chemnitz gingen folgende Beiträge ein: Restbetrag vom Personal der „Volkstimme“ Chemnitz 1,25; Sparverein Wittwe 2,20; Wiking-Verband, Pilsberg, Mass., New-York 1,18. Albin Reichelt.

Nach Schluß der Redaktion eingegangen.

Heuleros. (Versammlungsbericht.) Am Sonntag fand im Restaurant „zur Duche“ eine öffentliche Textilarbeiter-Versammlung statt, in welcher Kollege Paul Kühner-Weg die Rede hielt über den Heimarbeiterschlupfongesetz in Berlin erstattete. Neben war die Versammlung nur mäßig besucht, was wohl die schöne Witterung verschuldet haben mag. Einleitend bemerkte der Referent, daß er geglaubt habe, daß große Interesse, daß man der Heimarbeit entgegenbringe, hätte einen besseren Besuch erwarten lassen. Der Referent erledigte seine Aufgabe in befriedigender Weise. Die Schilderung des Heimarbeiterschlupfongs wurde mit großem Interesse verfolgt und dem Wunsch an Veränderung dieser Zustände, welcher Aufgabe sich die Reichsregierung auf die Dauer nicht entziehen könnte, wurde von der Versammlung lebhaft zugestimmt. Die Versammlung stimmte den auf dem Kongress gefaßten Resolutionen zu. Anschließend hieran beschäftigte sich die Versammlung noch mit Anträgen zur Generalversammlung in Hannover. — Und nun einige Worte an euch, hiesige Kollegen. Schon seit längerer Zeit befehlt hier unter den Textilarbeitern eine Interesslosigkeit, die einfach beschämend ist. Eine leblich auf besuchte Versprechung geht zu den Seltenheiten. Auch obige Versammlung bewies dies wieder. Kollegen, statt neue Mitglieder heranzuziehen, vernachlässigt ihr euren Verband selber. Das muß anders werden. Wenn eure Gleichgültigkeit so weiter geht, gefährdet ihr die gewerkschaftliche Bewegung unter den Textilarbeitern. Eure Gewerkschaft muß das Nächste nach der Familie sein. Also den alten Schiedsrichtern beisteht und tatkräftig mitgewirkt an der Ersarkung der Organisation! Nehmt euch die anderen Gewerkschaften am hiesigen Orte zum Vorbild und hinkt als ärmliche Arbeiterkategorie nicht nach.

Stellen.

W. S. O. Das Arbeitermaterial hat der Unternehmer zu stellen, folglich braucht es der Arbeiter nicht zu bezahlen. Es ist aber gekommen, daß die Arbeiter zerbroschene Maschinen bezahlen, sobald eine Frage vorausichtlich erfolgt wäre. Wenn Sie die Maschinen nicht weiter bezahlen wollen, bliebe Ihnen nichts anderes übrig, als die Arbeit dort zu kündigen und dann aufzugeben. Wahrungsmittel ist auch in der Arbeiterordnung schon vorgesehen, daß der Arbeiter für von ihm zerbroschene Maschinen aufzukommen hat. Sie können dem Arbeiter aber nur zu dem Selbstkostenpreis oder doch höchstens zum ursprünglichen Preise angerechnet werden.

Gasthof Kookisch.

Sonntag den 10. April, nachm. 7/8 Uhr: große öffentliche Versammlung. Tagesordnung: 1. In die Vertretung der Arbeiter in den Reichstagen und in die Reichstagen. 2. Die deutsche Textilarbeiter-Vereinigung und seine Beziehungen. 3. Der Deutsche Arbeiter-Referent: Albin Reichelt. 4. Arbeiter- und Arbeiterinnen, sorgt dafür, daß die Versammlung gut besucht wird. — Das Einberufen.

Bestenfalls: 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Beilage zu Nr. 14 des Textilarbeiters.

Chemnitz, Freitag den 1. April 1904.

Christlich-National.

Heutzutage gehört es zum guten Ton, ein bißchen „sozial“ zu sein, deshalb wimmelt es auch überall von Sozialisten. Wir haben Christlichsoziale, Nationalsoziale, Sozialliberale, Katholischsoziale und nun hat sich zum Ueberflus auch noch eine christlich-nationale Bewegung gebildet. Diese bunte Gesellschaft, die im Oktober v. J. in Frankfurt a. M. zusammen war und leichtgläubigen Leuten weismachen wollte, sie wolle die Welt aus den Angeln heben und die moderne Gewerkschaftsbewegung bzw. die Sozialdemokratie ablösen, hat sich die abgelassenen Patente der Christlichsozialen und der Nationalsozialen erworben, hat die beiden Patente verschmolzen und hat sich mit dem Kompromißnamen „Christlich-nationale Arbeiterbewegung“ beim Patentamt eintragen lassen. Es sollen auf diesem Kongress 800 000 Arbeiter vertreten worden sein, wovon man aber ganz ruhig 200 000 streichen kann, denn ohne solche kleine „Reberzählungen“ kommen unsre Christlichen heute gar nicht mehr aus. Wer die ganze Veranstaltung und die Dekanalkalter als stiller Beobachter mit angesehen, hat auch sofort den schwarzen Hintergund erkannt, wenn derselbe auch einige blaue „Streifen“ aufwies; und wenn man weiter bedenkt, daß das „Schwarz“ in verschiedenen Nuancen vertreten war, so wird man uns keine Vorwürfe machen, wenn wir von einer bunten Gesellschaft sprechen. Es war nämlich Berlin-Trierer Schwarz (katholische Gewerkschaften) und M.-Gladbach-Rülver Schwarz (christliche Gewerkschaften), welche sich damals schon annehmen wollten über konfessionelle oder interkonfessionelle Gewerkschaften. Die Kirch-Dunkerischen Gewerkschaften waren dort nicht vertreten; diese hatten frühzeitig den ultramontanen Braten gerochen und gingen nicht auf den Vorschlag. Auf diesem Frankfurter Kongress nichtsozialdemokratischer Arbeiter wurden eine Reihe Beschlüsse gefaßt, welche die moderne Arbeiterbewegung schon vor 20 Jahren durch die deutsche Arbeiterpartei, die Sozialdemokratie, im Reichstage vertreten ließ. Eine Hauptforderung auf dem Kongress war die Schaffung eines für alle Arbeiter geltenden Koalitionsrechts.

Wie benehmen sich aber solche christlich-nationale Arbeiterführer in der Praxis? Am Donnerstag den 10. März 1904 bot sich im preussischen Abgeordnetenhaus das Schauspiel, daß der christlich-nationale Arbeiterführer August Weust ausführt, daß das Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter und der ländlichen Arbeiter „einer anderen Regelung bedürftig“ als das Koalitionsrecht der Industriearbeiter. Also, während man in Frankfurt das jetzt bestehende Koalitionsrecht beibehalten, ist es nach Auffassung des „starren August“ für Eisenbahn- und Landarbeiter noch zu weitgehend. Am 18. Dezember v. J. zog eine Kongressdeputation nach Berlin, um bei Czerning-Wälde „Wünsche“ vorzutragen. Es muß noch in aller Erinnerung sein, wie diese Deputation mit allerhand unverdächtigem Versprechungen abgepeilt worden ist. Nun hat auch noch Graf Posadowski im Reichstag am 30. Januar v. J. diese christlich-nationalen Illusionen zertrütert, und zwar auf so grausame Weise, daß selbst der „Christliche Textilarbeiter“ darüber erboht war. Bei der Interpellation der Reichstagsabgeordneten Erlinborn und Pöge über die Wünsche des Frankfurter Kongresses gab Graf Posadowski die Erklärung: Die Regierung hat erwogen, die Regierung ist nicht abgeneigt, die Regierung ist bereit, die Regierung macht keine Schmälerungen und dgl. mehr und dann Westfällung auf den Tag ohne Datum.

Wenn nun solche „Wünsche“ von schweißtreibenden christlich-nationalen Arbeitern gestellt wurden und nicht einmal einen Schimmer von Berücksichtigung gefunden haben bei den maßgebenden Stellen, ja noch nicht einmal eine Andeutung von einem Zeitpunkt zur Erfüllung der berechtigten Wünsche gegeben wurde, dann ist man berechtigt zu sagen: die christlich-nationalen Arbeiter haben sich hiermit zum ersten Mal blamiert. Oder leben die christlich-nationalen Arbeiter in dem Wahn, die Regierung würde ihren Charakter als Klasseninstitut verleugnen, weil die „Lieben Kinder“ vom Frankfurter Kongress solche Wünsche stellten? Dies wird ein Klasseninstitut niemals tun, auch nicht vorübergehend. Nachdem die Frankfurter Kongressmacher haben einsehen müssen, daß die Gesetzgebungskräften für sie zu hoch hängen, mußte man sich in einer andern Weise bemerkbar machen.

In der gesamten Zentrumspresse erschien ausgangs Februar ein langatmig gehaltener Aufsatz an die „Christlich-nationale gesinnten Arbeiter Deutschlands“, den auch der sogenannte „Christliche Textilarbeiter“ zum Ausdruck gebracht hat. Unter diesem Aufsatz finden wir unter andern auch die Namen: Febr. Moos-Berlin und Pet. Holz-Trier, also entscheidene Vertreter der katholischen Gewerkschaften. Der ganze Aufsatz verläßt der Richtigkeit, wenn wir die Worte der katholischen Gewerkschaften, also Gegner der christlichen Gewerkschaften, einen Aufsatz unterzeichnen, worin es heißt: „Sucht das Gemeinsame, schaltet das Trennende aus.“ Zur Illustration dieses Satzes haben sich denn auch wenige Tage vor dem Erscheinen dieses Aufsatzes noch katholische und christliche Gewerkschaftler in Trier gedrückt in den Haaren gelegen, um das Trennende anzufassen. Im allgemeinen sind die Veranlasser des Frankfurter Kongresses auch ziemlich betrübt, weil bei der mit großem Arm inszenierten Bewegung nichts herausgekommen ist. So findet es der „Christliche Textilarbeiter“ auffallend, daß der Reichsanwalt nicht persönlich die Beantwortung ihrer Interpellation übernahm, während er doch Zeit gefunden hätte, um gegen die Sozialdemokratie zu reden. (Dies geht auch der Sozialgesetzgebung vor. D. W.), Ferner wird es als „auffallend“ bezeichnet, daß kein Zeitpunkt bestimmt ist für die Einführung ihrer Wünsche und dergleichen.

Nun, die Leute sehen es wenigstens ein, wenn auch gezwungen, daß sie sich blamiert haben; — ob sie aber ihre Konsequenzen daraus ziehen werden, bezweifeln wir.

Nun wollen wir von den vielen kleinen Mängeln, die den christlichen Richtungen anhaften, einmal einen herausgreifen, und wir werden sehen, daß solche bunte Richtungen nicht imstande sind, der gesamten gewerkschaftlichen Arbeiterschaft Erfolge zu sichern, noch viel weniger solche zu erziehen. Und dieser Mangel wäre folgender: Sind diese christlichen Richtungen imstande, sämtliche Arbeiter in der Internationale zu vereinigen, welches doch eine der Hauptgrundlagen der Organisation ist? Wir sagen: Nein. Dadurch, daß man sich christlich oder katholisch oder national nennt, verschließt man einer ganz erheblichen Zahl von Arbeitern den Eingang zur Organisation, und diese kann doch erst wirkungsvoll sein, wenn sie allen, aber auch allen Arbeitern Aufnahme gewährt. Dieses kann eine christliche oder katholische oder nationale Organisation nicht. Wir haben Staaten, Ländergebiete mit jüdisch durchsetzter Arbeiterschaft, wie Rußland-Polen, Litauen, besetzten haben wir Staaten mit starkdurchsetzter mohammedanischer Arbeiterschaft, wie die Türkei, abgesehen von den vielen andern Gemeinschaften der Religion — in den verschiedenen europäischen Staaten — allen diesen Arbeitern, die doch alle unter dem Druck des internationalen Kapitalismus leiden, bleibt der Eintritt in diese Organisationen verweigert.

Es kommt uns, besonders bei den christlichen Gewerkschaften, und das mit Recht, die Vermutung, daß solche Strömungen

mehr religiöser als der gewerkschaftlichen Zwecke wegen gegründet sind und natürlich es als ihren Hauptzweck ansehen, die moderne Strömungen aufzuhalten.

Nun zu halten, sagen wir, nicht abzulassen, denn das ist etwas anderes. Christlichsozial ist Unsinn, diese Worte hat man dem Hofprediger Stöcker zu seinem Abschied mit auf den Weg gegeben — und diese Worte haben sich bis heute als richtig erwiesen; aber alles Bestehende auf diesem Gebiete mußte seine notwendige Entwicklung durchmachen, und mit den Christlichen, Nationalen und wie sie alle heißen mögen, wird der Bahn der Zeit keine Ausnahme machen.

Es wäre aber dringend notwendig, nicht zu warten, bis der Bahn der Zeit sich geltend macht, sondern man möge einmal an seinem Gegner, dem Kapitalismus, lernen — dort vertragen sich alle religiösen und politischen Gemeinschaften zusammen. Befolgen wir dieses Beispiel auch als Arbeiter, und wir sind auf dem Wege zum Sieg einen gewaltigen Schritt vorwärts gekommen. Und zu diesem Schritt können die christlichen, katholischen und nationalen Arbeiter am besten und sichersten beitragen, wenn sie sich ihrer geistigen Hintermänner und „Berater“ gänzlich entledigen und einmal mit der großen Masse als selbständig denkende Menschen fähig und handeln — denn die christlichen Gewerkschaften können nicht die Gewerkschaften der Zukunft werden.

Zur Sticker-Industrie im Vogtland.

Man schreibt uns aus Plauen: Wenn man den Geschäftsgang der Jahre 1900—1902 der Stickerindustrie auf ewige Zeit hätte halten können, so wären wohl weder die Fabrikanten noch die Lohnstückmaschinenbesitzer auf den Gedanken gekommen, sich öffentlich irgendwie über die jetzt bestehenden mitunter geradezu gräßlichen Mißstände zu äußern. Wir wollen die ehrl. Absichten des Plauenschen Fabrikantenvereins, ein Stichtätungsregulativ zur Einführung zu bringen, an dessen Ausarbeitung nach ihrer Angabe Fabrikanten, Lohnsticker, Sticker und Zehner beteiligt waren, um den, wollen wir sagen, Zwischenmeister und Arbeiter eine leichtere Kontrolle in der Stichtzahl der Schablonen zu ermöglichen, nicht in Mißkredit bringen, wohl aber müssen wir zu der Ueberzeugung gelangen, daß, wenn es ihnen ernst mit der Sache ist, es bereits schon längst zur Einführung gelangt sein könnte.

Hier wollen wir gleich einfließen, daß, wie aus dem letzten Versammlungsbericht des Fabrikantenvereins zu ersehen ist, das Regulativ bis auf einige Abänderungen fertiggestellt sei; wie lange es noch bis zur Einführung dauert, entzieht sich unserer Kenntnis. Soviel steht aber fest, daß es ohne Nichtwirkung auf die bis zum Einführungstermin fertiggestellten Schablonen sein soll. Welchem Betrag wir insolge dessen auch fernerehin noch ausgesetzt sein werden, wollen wir jetzt dahingestellt sein lassen. Die Kollegen, die aber weiter im Indifferentismus beharren, werden die Folgen davon auf ihre Schultern zu laden haben.

Ueber die Lohnstückmaschinenbesitzer, die uns Sticker und Hilfsarbeiter in puncto Lohnfrage so schwer drückende Zwischenmeister sind, wollen wir eine weitere Kritik momentan zurückstellen, müssen aber hier die Schmutzkurzen amargeln, die sie sich sehr oft gegenseitig selbst bereiten; denn man kann berechnen, daß vor noch zwei Jahren der Lohnsticker pro 1000 Stiche und pro Wagen (die Maschine hat zwei Wagen) 85—100 Pfg. erhielt, so müssen wir doch vor Verwunderung stehen bleiben, daß der Lohn bereits auf 25—30 Pfg. herabgekommen ist. Daß es Maschinenbesitzer gibt, die sich nur um Arbeit zu erhalten, für 22, ja sogar 20 Pfg. anbieten, ist Tatsache, und die Folgen davon sind die mitunter schrecklichen Lohnverhältnisse der Sticker und Hilfsarbeiter. Doch wollen wir auch hier gestehen, daß es noch Lohnsticker gibt, die ihre Sticker besser oder mindestens ebenso bezahlen wie der Fabrikant, der selbst Maschinen hat.

Hier wäre es Pflicht des Fabrikantenvereins, einzutreten und nicht diesen Preisdrückern die Arbeit zu geben, denn es ist wohl selbstverständlich, daß die Ware auch nur dementsprechend ausfallen kann.

Wir wollen nun einmal unsere Lohnverhältnisse in Betracht ziehen. In Plauen selbst, wo der Arbeiter die größten Regierkosten, als Wohnungsmiete u. s. f., aufzubringen hat, erhält ein Sticker pro 1000 Stiche, aber nur einfach, nicht pro Wagen wie beim Lohnsticker, 18—22 Pfg. je nach Art der Arbeit; außerhalb Plauens, also im übrigen Vogtland, werden aber nur noch 11, 12—17 Pfg. bezahlt. Wenn man weiter berechnet — und hier eben haben wir unter den Kollegen Ausflücht zu schaffen — daß, speziell beim Wüstern bei den obenbes. oft schlecht gekleideten Schablonen aus Holz, um gute Ware zu liefern, noch pro 1000 Stiche 5—600 ausgegeben werden, so ist es nicht übertrieben, die Lohnverhältnisse der Sticker als miserabel zu bezeichnen. Leider können wir den Kollegen den Vorwurf nicht ersparen, daß sie in der glücklicheren Periode den dummen Dünkel besaßen, etwas Besseres als die andern Textilarbeiter zu sein und sich dem Textilarbeiterverband nicht angeschlossen. Sie trieben lieber Vereinsmeter und Sonderbündel im höchsten Grade.

Unser Hauptaufgabe ist es deshalb, eine lebhafteste Agitation für den Deutschen Textilarbeiterverband zu entfalten, bis auch der letzte Mann zu der Ueberzeugung gelangt ist, daß nur dort seine Interessen richtig vertreten werden. Auch die Deutschen, die da glauben, den Karren, den der Sonderverband in den Dreck gefahren hat, könne der Textilarbeiterverband binnen Jahresfrist wieder freimachen, müssen aufgeklärt werden.

Mitteilungen aus Sachreisen.

Chemnitz. Am Sonnabend den 18. März fand im „Schützenhaus“ die regelmäßige Mitgliederversammlung der Filiale Chemnitz des Deutschen Textilarbeiterverbandes statt. Dieselbe war nur mäßig besucht, weshalb der Vorsitzende, Kolb, Chemnitz, Veranlassung nahm, die Mitglieder auf ihre Pflicht aufmerksam zu machen. Genosse Casan hielt sodann einen recht gut durchdachten Vortrag über: „Die sozialpolitische Entwicklung Englands“. Eine Diskussion über den mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag wurde nicht beliebt. Kollege Erdmann berichtete sodann kurz über die Tätigkeit der hiesigen Frauagitationskommission. Nebenbei bespricht die bisherige Arbeit derselben als wenig erfolgreich. Die Kollegen Köhler, Garbe und Reichelt ergänzten diese Ausführungen. Daran wurden für das laufende Jahr die Kollegen Kästner und Köhler in diese Kommission gewählt. Nachdem noch ein Schiedsgerichtsurteil vorgelesen wurde, erfolgte gegen 12 Uhr der Schluß dieser Versammlung.

Chemnitz. Noch schließt die Frage des Unternehmertums nicht befriedigt zu sein, denn noch immer liegen Hunderte von ehrlichen Arbeitern auf der Straße, und wenn man den Worten der Hauptgeschäftsmacher Glauben darf, die dieser antichristlichen Ausschüttung des Zentralverbandes der Industriellen geduldet hat, so werden 400 Arbeiter überhaupt nicht wieder eingestellt

werden. Für die noch Ausgesparten wird es schwer sein, irgend ein Unterkommen zu finden. Nach der neuesten Zählung sind noch 401 Personen ausgespart und zwar: 120 Weber, 14 Weberinnen, 6 Wauer, 2 Walter, 6 Ableferinnen, 2 Schererinnen, 2 Ausnahmerinnen, 11 Pugerinnen, 9 Meißer, 6 Koptreuer, 1 Webergehilfe, 3 Zwirnerinnen, 29 Wolfer, 2 Wollabmeiger, 2 Soetierinnen, 2 Weiserinnen, 2 Penner, 1 Appreturmeister, 1 Kuller, 1 Presser, 8 Spinner, 23 Ausputzer, 13 Drosslerinnen, 5 Auslegerinnen, 3 Ausleger, 13 Anreherinnen, 1 Spulerinnen, 4 Packarbeiter, 1 Walzenträger, 1 Manipulant, 1 Färbearbeiter, 87 Färbearbeiter, 9 Handarbeiter; darunter sind verheiratet 281 männliche und 82 weibliche und ledig 24 männliche und 14 weibliche Personen. Gerade an den Verheirateten sucht also das Unternehmertum sein Mäthen zu fähren. Es werden noch immer fremde Arbeitskräfte herangezogen.

Guben. (Versammlungsbericht.) In der Monatsversammlung vom 6. März war nur der vierte Teil der Mitglieder anwesend. Es ist zu bedauern, daß die große Masse der Kollegen glaubt, mit dem Bezahlen der Beiträge ihre Pflicht getan zu haben. Die Notwendigkeit des Zusammenhaltens aller Organisten mußte doch jedem einleuchten, der die Maßnahmen der hiesigen Textilindustriellen gegen unsere Kollegen schmerzhaft empfindet. Auch die Ueberarbeit der Lehmanns Witwe u. Sohn, wie das oft langsame Warten auf Arbeit und die Lohnverzögerungen in den anderen Fabriken sollten zu jener Erkenntnis führen. Kollegen und Kolleginnen, wollt ihr zu sehen, wie man euch einen Vorteil nach dem anderen entreißt, wie der Arbeiter aus dem Markt einer Knochen Meichlimer auf Viechtümer häufen und ihr in niedrigen feuchten Wohnungen euer ganzes Leben voll Sorgen und Arbeit dahinschießt? Wollt ihr, daß Erspießliches von der hiesigen Filiale geleistet werden kann, wenn ihr teilnahmslos abseits steht und andere für euch die Kassen aus dem Feuer holen laßt? Das soll und muß anders werden, und deshalb ist es notwendig, daß alle die Versammlungen besuchen und sich gegenseitig mit Rat und Tat zur Seite stehen. „Rein Himmel kann ein besser Los euch senden, es fällt aus keinem Gottes Schoß; die Menschheit muß mit eignen Händen erringen sich ein schädures Los.“ In der Versammlung war von der Unteragitationskommission Kollege Schwickler anwesend. Nachdem die Aufnahme eines Kollegen vollzogen war, wurde Kollege Emil Menzel als Delegierter zur Generalversammlung gewählt. Unter Verschiedenem sprachen sich mehrere Kollegen für die Warteiteilung aus, wenn sie ohne Beitragsverhöhung möglich sei. Die Kartelldelegierten berichteten, daß am 1. Osterfesttag ein Unterhaltungsabend im „Volksgarten“ stattfindet. Auch wird die Errichtung eines Auskunftsbüros geplant. Der Bericht vom Heimarbeiterskongress soll in einer öffentlichen Versammlung gegeben werden, zu der als Referentin die Genossin Liddy Braun gewonnen werden soll. Der Besuch dieser Versammlung ist besonders den Frauen und Mädchen empfohlen. Von der Firma Max Hüsche (Klostermühle) wurde berichtet, daß dort der ständige Normalarbeitstag von den Weberinnen oft übersteuert würde. Es ist wohl angedacht, daß der Gewerbeinspektor hier mal nach dem Rechten sieht. Eine Anfrage, betreffend die Krankheitsbeschleunigung beim Abholen der Unterführung, wurde dahin beantwortet, daß die Beschleunigung von den Krankenkassen kostenlos ausgedient wird. Es ist stets das Mitgliedsbuch mitzubringen. Die Unterführung zählt Joh. Galle, Krautweg 2a, mittags von 11—1 Uhr aus. Die nächste Versammlung findet am 10. April statt.

Großschönau. (Versammlungsbericht.) Am 18. März hielten wir eine Filialversammlung ab. Kollege Pinger berichtete über die Konferenz des Unteragitationsbezirks für die Lausitz. Die Konferenz hat sich über die Untage zur Generalversammlung in demselben Sinne ausgesprochen wie unsere Filialversammlungen. Es folgte hierauf der Bericht des Unteragitationskomitees. Es wurden von diesem 14 Agitationsstrecken unternommen. Die Gesamtzahl der Mitglieder des Bezirks beträgt 1527. In einigen Ortsverwaltungen wurde Kritik geübt wegen Rückganges der Mitgliederzahl. In den meisten Orten des Bezirks ist ein erheblicher Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen. Um eine Ansprache resp. Verleumdung mit den österrösischen Textilarbeitern zu ermöglichen, waren hierzu einige Vertreter der Union aus den Orten Wadensdorf und Georgsvalde erschienen. Ingesamt waren 14 Ortsstellen durch 22 Delegierte vertreten. Die Versammlung erklärte sich dann mit den Beratungen der Konferenz einverstanden. Der Vorsitzende gab dann das Resultat der Delegiertenwahl bekannt: Aug. Jochmann ist mit 147 Stimmen gewählt. H. Buntel, Ditzsch erhielt 1 Stimme. Unter Verschiedenem brachte der Vorsitzende einige Beschwerden über die gemäßigten Kollegen Neubauer zur Sprache. Neubauer erklärte hierzu, daß er nach Ablauf von 14 Tagen auf die Unterführung zu verzichten gedenke. Die Versammlung war damit einverstanden, beauftragte jedoch den Vorsitzenden, die Sache in 14 Tagen nochmals zu prüfen. Kollege Gustav Wenzel erstattete dann den Kartellbericht. Nach demselben hat das Kartell die Resolution, die unersetzlich an dasselbe gerichtet wurde, angenommen. Am Sonntag den 1. Mai soll ein Feilschoppen abgehalten werden und nachmittags ein Ausflug nach Zondorf stattfinden. Zum Frühstück soll, wenn möglich, ein Meßer bestellt werden.

Delitzsch. (Versammlungsbericht.) Am 19. März hielten wir in den „Zwei Linden“, Wlagwitz-Industrie, eine Versammlung ab. Der Besuch war ein sehr schwacher. Die Kollegen Gasse und Glasmann sprachen in längeren Ausführungen über die verschiedenen Anträge zur Generalversammlung. Die Neuwahl des ersten Vorsitzenden, welcher sein Amt niedergelegt hat, wurde bis zur nächsten Quartalsversammlung vertagt und der zweite Vorsitzende beauftragt, bis dahin die Leitung zu übernehmen. Im dritten Punkt wurde das Vergütigen im Norden bekannt gegeben; es findet am 28. April im „Schillerischen“ in Gohlis statt. Die Versammlung bewilligte dem Kollegen Kuschel in Gausch 15 Mk. pro Woche Gemahregeltes Unterführung. Des weiteren gab Kollege W. den Bericht von der wiederholten Revision; da Bücher und Belege in better Ordnung befunden worden waren, wurde der Kassierer entlastet. Nach sehr erregter Debatte erfolgte Schluß der Versammlung.

Börsch. (Versammlungsbericht.) Unre außerordentlichen Generalversammlung hatte sieben Punkte zu erledigen. Davon sind hervorzuheben: Der Bericht der Konferenz in Wülhausen, auf welcher sich die Delegierten darüber einigten konnten, daß bei einer Souventillung daselbst einzutreten sei, daß Wlagwitz und Baden einen Gan bilden. Ferner habe die Konferenz beschlossen, eine Eingabe an sämtliche Fabrikanten um Einführung der 10/16stündigen Arbeitszeit zu richten. In der Diskussion hierüber wurde der Vorhand verweigert, eine Veränderung der Eingabe dahingehend zu veranlassen, daß 10 statt 10 1/2 Stunden verlangt werden. Einige Punkte der Tagesordnung mußten wegen vorgerückter Zeit auf die nächste Versammlung zurückgestellt werden. Da der hiesige Wirt „zum Protokoll“ der Arbeiterpartei das Lokal nicht abgibt, haben natürlich sämtliche Gewerkschaften aus; somit wird auch die Verberge für durchreisende Kollegen verlagert werden. Auskünfte wurde verlagert, warum unter Filiale an die Arbeitsnachweise-Anstalt 5 Mk. Jahresbeitrag zu bezahlen habe, da die Anstalt für uns doch kein Interesse

bletet. Die Arbeitsnachweis-Anstalt ist für die Arbeitssuchenden resp. Arbeitnehmer unentgeltlich. Weil diese es bis dahin vorgezogen, gleich bei der Firma im Geschäft anzufragen, haben auch die Fabrikanten nicht notwendig, sich an die Anstalt zu wenden. Hierin liegt also der Grund, daß wir kein Interesse an der Anstalt haben. Da unsere nächste Versammlung voraussichtlich viel Stoff bietet, erziehen wir die Mitglieder, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Lechhausen. (Versammlungsbericht.) Am Sonntag den 20. März hielt die Filiale Lechhausen ihre Quartalsversammlung ab, die gut besucht war. Kollege Mühau sprach über: „Die Taktik der Mitglieder im Vereinsleben“. Der Redner erntete für seine sachlichen Ausführungen reichen Beifall. Im Anschlusse daran gab der Kassierer den Kassenbericht vom 1. Quartal 1904. Denselben war zu entnehmen, daß von der Filiale Lechhausen insgesamt für Crimmitschau 702,63 Mk. abgeliefert wurden. Es wurde der Gesamtkassenbericht von den Revisoren behätigt und hierauf dem Kassierer Entlastung erteilt. Nach Erledigung verschiedener Vereinsangelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung. Zu bemerken ist noch, daß die nächsten Versammlungen (in den Sommermonaten) am zweiten Samstag im Monat stattfinden, und zwar die erste am 9. April Punkt 8 Uhr abends. Es ist unbedingte Pflicht der Mitglieder zu erscheinen.

Luckenwalde. Am Sonntag den 6. März fand die Wahl des Delegierten zur Generalversammlung statt. Es erhielten Kollege Emil Haase 28, Hagen 25, Herold 21, Kretschmar 11, Otto Haase 8 Stimmen; ungültig waren 3 Stimmen. Somit ist Kollege Emil Haase zum Delegierten gewählt.

Luckenwalde. (Versammlungsbericht.) Am Mittwoch den 16. März fand unsere Mitarbeiterversammlung statt, die wieder recht schwach besucht war. Kollege Hagen erstattete den Bericht vom Gewerkschafts-Markt. Kollege Haase nahm zum vierten Punkt: „Besprechung der Anträge zur Generalversammlung“ das Wort und erläuterte sämtliche zur Generalversammlung gestellten Anträge. Er sprach auch seine Ansichten über die einzelnen Anträge aus. Die Versammlung war mit ihm vollständig einverstanden. Unter „Verschiedenem“ stellte Kollege Weiß den Antrag, beim Vorstehenden einen Fragebogen anzubringen, Kollege Herold den Antrag, der neugebildeten Revisionskommission pro Quartal eine Ausgabeummie bis zu 20 Mark zu bewilligen und weitere Ausgaben vom Versammlungsbeschuß abhängig zu machen. Beide Anträge wurden angenommen.

Neumünster. War seit Jahren hier der Geschäftsgang ein allgemein schleppender, so ist derselbe jetzt zur Krise ausgewachsen. In einer Reihe von Betrieben sieht die Hälfte und noch mehr der Werkstätte leer, auf einigen wird Lagerware angefertigt. Was sich der Arbeiter unter diesen Geschäftsverhältnissen gefallen lassen muß, ist unklar. Lohnabzüge, die Bearbeitung von schlechtem Material, Schikamentagen aller Art, sowie unbegründete Arbeiterentlassungen sind an der Tagesordnung. Und alles dies muß sich der Einzelne und die gesamte Arbeiterchaft aus Rücksicht auf die „geheiligte Existenz“, die das Unternehmertum dem Arbeiter zu bieten vorgibt, gefallen lassen. Wir hoffen aber, daß die jetzt bestehenden Zustände dazu beitragen werden, das Erkenntnis, daß es notwendig ist, sich der Organisation zuzuwenden, ausbreitet, um dann kraft der Organisation das doppelt zurückzuerobern, was uns jetzt genommen worden ist. — NB. Die auswärtigen Kollegen werden ersucht, von obigem Bericht Notiz zu nehmen und Neumünster zu meiden, bis der Geschäftsgang ein besserer ist.

Neuwerk bei W.-Gladbach. Schon vor Jahresfrist haben sich die Neuwerker Kollegen, die bis dato der Filiale W.-Gladbach angeschlossen waren, veranlaßt, eine eigene Filiale zu gründen. Bängere Zeit blieben wir ohne Versammlungslokal, jedoch gelang es uns nach langer Bemühungen, ein solches ausfindig zu machen. Am 6. März sollte unsere Mitarbeiterversammlung tagen, doch zwei Frauen aller mußten wir von unserem Vereinswirt hören, daß er uns sein Lokal nicht mehr zur Verfügung stellen könnte, da ihn vom Herrn Pfarrer mitgeteilt worden wäre, wir seien Sozialdemokraten und die dürfte er nicht beherbergen, umso weniger, da sein Kind mit zur Kommunion ginge. Bemerkte sei, daß in unserem Vereinslokal ein neuer Wirt eingezogen war und der Diener Gaites diese Gelegenheit wahrgenommen hat, wenn der Wirt uns überhaupt recht berichtet. Der frühere Wirt war mit uns ganz zufrieden. Da unsere Filiale in stabilem Aufschwung war, sich sogar an Mitgliederzahl verdoppelte, meist durch Zuwachs aus dem christlichen Textilarbeiterverband, kann man wohl annehmen, daß vielleicht die christlichen Führer dazu beigetragen haben, daß uns das Lokal entzogen wurde. Unsere Mitglieder haben aber alle Ursache, umso kräftiger für unsere gerechte Sache zu agitieren, damit auch diejenigen, die uns noch fernhalten, einsehen lernen, wie die Herren, die immer das Wort im Munde führen: „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst!“ ihre Lehren in die Praxis umzusetzen.

Oberkohan. (Versammlungsbericht.) Samstag den 12. März fand nach längerer Pause wieder eine Versammlung mit Vortrag statt. Kollege Emil Liebold aus Pof sprach über: „Zweck und Nutzen der Organisation.“ Derselbe entledigte sich seiner Aufgabe vorzüglich und glauben wir bestimmt, daß infolge dieses Vortrages das Zusammenhalten der hiesigen Handwerker wieder ein besseres werden wird, abgesehen von einigen Mitgliedern, die es eben überraus gibt. Zum Schluß machen wir die Mitglieder darauf aufmerksam, daß mit Quartalschluß die Verbandsbücher zwecks Kontrolle eingezogen werden.

Rauen I. (Versammlungsbericht.) Am 26. März fand unsere regelmäßige Monatsversammlung statt. Derselbe war gut besucht. Der erste Punkt der Tagesordnung lautete: Beratung der zur Generalversammlung gestellten Anträge. Es fanden besonders die die Beitragsleistung betreffenden Anträge eingehende Erörterung. Allgemein stand man einer mäßigen Beitragserhöhung nicht unsympathisch gegenüber. Auch die Anträge, das Unterstützungsweisen des Verbandes betreffend, wurden lebhaft besprochen. Doch trat bei diesen Beratungen vielfach die Ansicht zu Tage, daß die Krankenunterstützung nicht weiter ausgebaut werden soll, daß dies vielmehr Sache der bestehenden Ortskrankenkassen sei, und die Arbeiter sich beziehen sollen, auf diesem Gebiete sich den nötigen Einfluß zu verschaffen, um die Kassen leistungsfähiger zu machen. Die Anträge, die Arbeitslosenunterstützung betreffend, hatten viele Freunde, doch glaubt man, daß es für den Textilarbeiterverband eine besonders schwierige Sache sei, dieselbe einzuführen, und es wird zur Vorhut gemacht. Nach wie vor wird betont, daß der Verband immer mehr den Charakter einer Kampforganisation wahren soll. Der zweite Punkt betraf eine kritische Sache mit dem hiesigen Gewerkschaftskomitee. Derselbe wurde dadurch erledigt, daß unsere Filiale zwei Delegierte zurückzieht. Als Delegierte verbleiben Schreiber und Mitschke. Im dritten Punkt: Gewerkschaftliches, wurden einige interne Angelegenheiten erörtert. Nachdem die Versammlung lange genug tagte, war eine geradezu imponierende Aufmerksamkeit zu bemerken, ein Zeichen, daß die Rauen'schen Textilarbeiter viel mehr gelernt haben in letzter Zeit. Bleibt das Interesse für den Verband immer so erhalten wie gegenwärtig (und das es so bleibt, wird die größte Sorge des Vorstandes sein), dann sind uns noch schönere Erfolge als im Vorjahre gemiß. Doch die Organisation.

Reichenbach i. W. (Versammlungsbericht.) Sonntag den 20. März fand eine öffentliche Textilarbeiterversammlung statt, die sich mit den Antworten der Mitglieder auf unsere Eingabe um Einführung der 1 1/2 stündigen Mittagspause und der Beschlußfassung über weitere Schritte beschäftigte. Kollege P. 21 sprach referierte über den „Wert einer vernünftigen Arbeitszeit“ und erntete reichen Beifall. Von über 70 Unternehmern hatten nur zwei beantwortet — zwei, die bereits bis

Mittagspause eingeführt haben. „Lies der Schreiber verdient Verdienstlichung, es ist charakteristisch für die Unternehmerricht. Es lautet: „Auf Ihr gest. Aufschreiben erwidere ich Ihnen, daß meine Herren Weber in meinem Betriebe die 1 1/2 stündige Mittagspause haben, die Sache für mich also gegenstandslos ist.“ Wer von seiner Arbeitsstelle nicht weit entfernt wohnt, wird in einer Stunde Zeit und Ruhe haben, seine Mahlzeit einzunehmen, und es ist eine sehr gewagte Behauptung, daß dadurch die Gesundheit der Arbeiter mitleidlich untergraben wird. Es wird wohl auch kein Arbeiter mehr als 15 bis 20 Minuten brauchen, seine Mittagsmahlzeit einzunehmen (?). Zudem steht es jedem Arbeiter frei, seine Wohnung der Arbeitsstätte, oder diese seiner Wohnung anzupassen. In abgelegenen Fabriken dürfte, soweit ich unterrichtet bin, auch bereits eine 1 1/2 stündige Mittagspause eingeführt sein. Wenn die angeregte Sache aber auf eine Verlängerung der Arbeitszeit mit Beibehaltung der bisherigen Lohnsätze hinauslaufen soll, so halte ich dies Verlangen jetzt für unzeitgemäß und eine kategorische Forderung in dieser Richtung auf keinen Fall im Interesse der Reichsbäcker Arbeiterchaft.

Dies Schreiben stammt von einem als sehr human geltenden Unternehmer. Wie mag erst die Meinung der Schmarfacher am Orte klingen. Diese haben sich über die Instanzpflicht, zu antworten, hinweggesetzt und scheinen sich hinter ihre Organisation zu verschauen. Herr Lampe hat zum wenigsten den Instanz gewahrt, wenn auch seine, vielleicht gut gemeinte Ansicht keineswegs mit den Tatsachen im Einklang steht. Wir zweifeln, daß viele Unternehmer in 15 bis 20 Min. ihr Mittagsmahl eingenommen haben. Bei den Arbeitern ist es schon wahrscheinlich, denn setzen werden mehrere Gänge den Tisch des Arbeiters belassen. Anhe nach dem Essen ist jedoch unbedingt nötig, es sei denn, die Hygiene habe uns belogen. Und der Arbeitsstelle seine Wohnung näherzuziehen, kann ein Arbeiter erst recht nicht. Die Diskussion war ein sehr reger. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die heutige Versammlung beharrt ausdrücklich, trotz des Schweigens aller in Betracht kommenden Unternehmer, auf der Forderung der 1 1/2 stündigen Mittagspause. Sie beauftragt die Lohnkommission, alle erlaubten Mittel zur Erreichung der 1 1/2 stündigen Mittagspause zur Anwendung zu bringen.“ Kollegen, interessiert durch rege Agitation auch den Indifferentesten für unser Schreiben, und wir werden zum Ziele gelangen!

Reutlingen. (Versammlungsbericht.) Am 27. Februar fand hier eine öffentliche Textilarbeiterversammlung statt, die von der hiesigen Ortsgruppe des christlichen Textilarbeiterverbandes einberufen worden war. Wir hätten nun von der an sich belanglosen und äußerst schlecht besuchten Versammlung keinerlei Notiz genommen, wenn nicht in Nr. 22 des christlichen Organs ein diese Versammlung betreffender Artikel erschienen wäre, welcher einiger Richtigstellungen resp. Bemerkungen bedarf. Der Schreiber dieses Artikels spricht von einem sozialdemokratischen Stadtverordneten Start. Zunächst muß festgestellt werden, daß den bürgerlichen Kollegen dank der Mührigkeit der verhassten roten Genossen und der Einsicht der Reutlinger Arbeiterchaft zwei Genossen angehören, aber von einem Stadtverordneten Start war den Reutlingen bis dato noch nichts bekannt. Wir nehmen an, daß der betreffende Artikelschreiber in diesem Falle nur falsch unterrichtet ist, da wir über eine bewusste Unwahrheit nicht zutreten. Dieser angebliche Stadtverordnete Start, welcher dem Herrn Referenten einige für ihn unangenehme Wahrheiten ins Gesicht schänderte, ist ein armer Weber, der tagtäglich seinem Berufe nachgehen muß, um nur notdürftig sein kümmerliches Leben durchzuführen. Kollege Start gehört seit langen Jahren dem Deutschen Textilarbeiterverband an, das mag auch die große Erregung entschuldigen, welche sich des Herrn Referenten bei seiner Erwiderung bemächtigte. Und wenn der Herr Referent Andre einmal in die Lage kommt, gleichfalls auf eine solche langjährige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung zurückblicken zu können, wie unser alter Vorkämpfer Start, dann hoffen wir, daß er, wie schon so viele andere, ebenfalls zu den freien Gewerkschaften übertritt wird, weil er bei einiger Ueberlegung und gutem Willen zu der Ueberzeugung gelangen wird, daß nur die freien Gewerkschaften auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung positive Arbeit leisten. Wenn nun Kollege Start das Kontum, etwas scharf unter die Lupa nahm, so hat dies eben seine Gründe, denn daß diese Partei, welcher jedenfalls auch der Herr Referent Andre angehört, die Arbeiterfreundlichkeit nur zum Schein zur Schau trägt, ist ja dem größten Teil der Arbeiterchaft hinlänglich bekannt. Weiter wird nun in diesem Bericht in spätkühler Eile von einem 5 Minuten-Redner gesprochen. Daß die übergroße Mehrheit der Arbeiter keine reiselustigen Talente besitzt, kommt daher, daß ihre freie Zeit zu kurz bemessen ist. Aus diesem Grunde ist auch oftmals eine bessere Ausbildung speziell in gewerkschaftlicher Tätigkeit so gut wie ausgeschlossen. Deshalb wäre es unbedingt notwendig, daß die Herren Christlichen für Verkürzung der Arbeitszeit ebenso energisch kämpfen würden, wie die freien Gewerkschaften. Aber für sie steht diese humane Forderung lediglich nur auf dem Papier. Herr Andre hat nun in betreffender Versammlung u. a. behauptet, „es sei bezeichnend, daß ein Genosse ohne Waffenschrei in einer Gewerkschaftsversammlung nichts vorzubringen wüßte“. Für diese lede Behauptung blieb natürlicherweise der Herr Referent jeden Beweis schuldig. Jeder Gegner, der nur ein wenig Ehrlichkeitgefühl für sich in Anspruch nehmen will, wird zugestehen, daß Politik und Religion in unsern Versammlungen laut Statut ausgeschlossen sind. In uns steigt der Verdacht auf, daß etwas außergerichtlich Dummes, das sich gegen die freien Gewerkschaften richtet, in Volkerversammlungen beklatscht wird. Recht charakteristisch ist, daß Herr Andre mit den sachlich gehaltenen Ausführungen des Herrn Stadtpfarrers Schill nicht einverstanden war. Zum Schluß wurde noch der heisse Wunsch ausgesprochen, daß in der Reutlinger Gegend noch mehr solcher Versammlungen abgehalten werden möchten, dann würden die roten Genossen wohl zahmer und die christliche Gewerkschaftsbewegung stärker werden. Wenn sich die Herren Christlichen das Vergnügen erlauben wollen, alle Wochen solche Massenversammlungen abzuhalten, wie die letzte im „Wendenlaale“, dann nur immer zu! Wir werden diesen großen Ereignissen mit der größten Gemütsruhe entgegensehen.

Schwiebus. (Versammlungsbericht.) Am 18. März tagte hier eine öffentliche Textilarbeiter- und Arbeiterinnenversammlung, in der Kollege Kogte aus Berlin referierte. Die Versammlung war gut besucht. Das Thema lautete: „Was lehrt uns Crimmitschau?“ Der Redner zeigte, daß die Arbeitszeit nicht länger sein dürfte, als es der Organismus des Arbeiters zu ertragen im stande sei. Habe sich diese Ueberzeugung auch noch nicht durchbringen können in Crimmitschau, so habe doch gerade das Verhalten der dortigen Fabrikanten gezeigt, daß die Arbeiter sich noch fester zusammenschließen müssen, um zu einer Arbeitszeit zu gelangen, die mit den Forderungen der Hygiene im Einklang zu bringen sei.

Wieschen. (Versammlungsbericht.) Eingang der letzten Versammlung sprach der Vorsitzende sehr tiefes Bedauern aus über den schlechten Besuch der Versammlung. Der erste Punkt der Tagesordnung wurde dadurch erledigt, daß der Vorstand der Mitarbeiterversammlung eine unliebsame Mitteilung machte. Ueber einen Antrag eines Kollegen auf Gewerkschaftsunterstützung entsann sich eine lebhaft Diskussion. Die Maßregelung des Kollegen wurde einstimmig anerkannt. Nachdem noch unter Verschiedenem Mißstände in verschiedenen hiesigen Betrieben von einzelnen Kollegen beleuchtet worden waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Weida. Da über die Verhältnisse in der hiesigen Festschneiderei und Weberei noch niemals etwas in die Öffentlichkeit gedrungen ist, könnte man glauben, hier sei das reine Paradies. Das ist aber leider nicht so. Die Weber verdienen oft nur 20 Mk. und noch weniger in 14 Tagen. Die Ursache des schlechten Verdienstes ist das schlechte Material, das manchmal kaum abzuarbeiten ist. Dazu sind aber noch oft auf Reizen und Schuß gemartet worden. Um das Material entsetzt manchenmal fast eine förmliche Salve. Es arbeiten hier viele Leute von den umliegenden Dörfern; da weiß

man wirklich nicht, ob ne den „Verdienst“ zu den meisten Weg oder für die Arbeit rechnen. Kommt jemand zu spät oder fehlt sonst unentschuldig, so ist gleich Strafe da; in der Fabrik muß man aber jeden Tag eine geraume Zeit unentschuldig versäumen. Da in diesem Betriebe oft Leutenot herrscht, werden im Winter einige von Weiden geholt. Bei der ersten Fahlung hört man dann sehr schmeichelhafte Worte über die Fabrik, ein Beweis, wie sehr die Leute enttäuscht werden. Es wird immer betont, daß es hier schön sei, aber die Arbeiter können leider nichts von den Bergen und Wäldern abreißen; sie müssen auch ihr bishigen Auskommen haben, um die Natur Schönheiten würdigen zu können. Uebrigens ist man hier sehr bestrebt, daß die Leute, die sich hier aufhalten wollen, es nicht ganz umsonst tun können, denn es werden ihnen ganz ansehnliche Steuern auferlegt. Wenn z. B. Mann und Frau auf Arbeit gehen, müssen sie, wenn sie etwas besser bezahlte Arbeit haben oder geübte Weber sind, bis 70 Mk. Steuern jährlich bezahlen. Dennoch wird jeden Sonntag getanzt; für etwas andres haben eben die hiesigen Arbeiter kein Interesse. Sagt man jemand, er solle sich organisieren, so heißt es, es kostet zu viel Geld, wenn sie aber in 15 Tagen 5—10 Mk. weniger verdienen, so schimpft man höchstens auf die Ausländer, diese sollen daran schuld sein. Obwohl dieses Argument im großen und ganzen zutrifft, ist es gerade hier in Weida nicht der Fall; das sieht man besten an der Mitgliedschaft der hiesigen Filiale des Textilarbeiterverbandes, wo die Ausländer verhältnismäßig sehr stark vertreten sind, was gegen von der hiesigen Arbeiterchaft nur hier und da einen den Nutzen der Organisation begriffen hat. Die hiesigen Arbeiter können versichert sein, daß, wenn es hiesig, bessere Zustände zu schaffen, die Ausländer nicht die letzten sein würden. Darum, Arbeiter allerorts, überlegt es euch, ob ihr nach Weida reisen sollt, denn so gut wie hier wird es wohl überall sein, und man kann sich wenigstens die Reisekosten ersparen.

Wittgenbör. Bei der am Sonntag den 6. März vollzogenen Wahl des Delegierten zur Generalversammlung wurde der Kollege Karl Bärnchen als Delegierter gewählt. Durch die Erörterung einer Frage, welche mit den Bestrebungen der Gewerkschaften nur in sehr losen Zusammenhang zu bringen ist, fühlte sich Kollege Bärnchen veranlaßt, um die Vertretung abzulehnen. Es machte sich aus diesem Grunde eine anderweite Wahl notwendig; bei dieser wurde nunmehr der Kollege Max Hauslein gewählt. Dieser Nachwahl ging eine öffentliche Textilarbeiterversammlung voraus, die sich in eingehender Weise mit dem oben genannten Fall beschäftigte. Die Handlungsweise Bärnchens wurde in derselben allgemein verurteilt, und nicht eine einzige Stimme erhob sich zu seiner Entschuldigung, eventuell zur Rechtfertigung. Obwohl Bärnchen brieflich eingeladen worden war, hatte er es doch vorgezogen, nicht zu erscheinen. Wohl ein Zeichen der Furcht vor der Kritik der Kollegen. Nachstehende Resolution fand einstimmig Annahme: „Die heutige öffentliche Textilarbeiterversammlung mißbilligt das Verhalten des Kollegen Bärnchen, betr. Nichtanerkennung seines Mandats und hält dessen Gründe nicht für stichhaltig. Sie spricht ihr Bedauern über dieses Gebaren aus und verurteilt dieses als schärfste.“ — An die Kollegen und Kolleginnen richten wir die Bitte, unsere Versammlungen, auch wenn sich dieselben nur mit internen örtlichen Verhältnissen befassen, besser zu besuchen.

Werdau. Große Aufregung herrschte vor einigen Tagen in der Filiale der Wigogne-Artienpinnerei hier am Wehrplatz, die hauptsächlich durch Vermittlung des Bevollmächtigten für die Werdauer Einzelmitglieder des Deutschen Textilarbeiterverbandes wieder belebt wurde. Der Sachverhalt war folgender: Nachdem seit einiger Zeit in dieser Fabrik 16 böhmische Arbeiter angetreten sind und unter diesen sich auch ein Dolmetscher mit seiner Frau befindet, welcher gleich in der Fabrik Wohnung erhalten hat, wollen die übrigen dort beschäftigten hiesigen Arbeiter diese herbeigekommen Fremden nicht mehr anerkennen, wodurch es zu Differenzen gekommen ist. Durch diesen Umstand machte sich eine Fabrikbesprechung notwendig, die am Montag den 14. März im Restaurant „Verglecker“ stattfand. Nach einer längeren Aussprache, wobei noch verschiedene andere Mißstände in der Fabrik zur Sprache kamen, wurde eine Kommission gewählt, welche auftragsgemäß ein Schreiben des Inhalts dem Direktor unterbreitete, daß es bei den bisher angenommenen fremden Arbeitern kein Bewenden haben solle, wenn die Direktion die schriftliche Erklärung abgebe, daß die Arbeiter nicht gezwungen werden, die fremden Arbeiter anzuerkennen und daß fremde Arbeiter nicht mehr angenommen werden, hingegen würden die Arbeiter die hiesigen jungen, Diern aus der Schule kommenden Leute nach Möglichkeit anerkennen. Nachdem der Direktor Einsicht in dieses Schreiben genommen, gab dieser eine mündliche Zusage dahin ab, daß er mit den Forderungen der Kommission einverstanden sei und sich diese auf sein Gehörwort verlassen solle. (Die Kommission forderte übrigens, wie aus vorstehendem Schreiben ersichtlich, schriftliche Erklärung.) Während der Verhandlung glaubte Herr Kahle, daß eine Arbeiterin, welche in betreffender Kommission mit zugegen war, sich gegen ihn durch Worte vergangen habe. Verschiedene Arbeiter, welche sich dagegen wandten und sich mit dieser Arbeiterin solidarisch erklärten, legten darauf die Arbeit nieder. Die Betroffenen wendeten sich nunmehr an den Bevollmächtigten des Deutschen Textilarbeiterverbandes, welcher ihnen den sehr richtigen Rat erteilte, die Arbeit am nächsten Tage wieder aufzunehmen. Das geschah auch. Alle Arbeiter, bis auf die oben erwähnte Arbeiterin, fanden wieder Aufnahme. Die NichtEinstellung der einen Arbeiterin gab Anlaß zu einer weiteren Fabrikbesprechung, welche am Donnerstag den 17. März tagte. Hier wurde vielfach der Wunsch ausgesprochen, daß alle am nächsten Tag die Kündigung einreichen möchten. Von dieser Absicht kam man jedoch auf Vorstellungen des Bevollmächtigten des Deutschen Textilarbeiterverbandes zurück und die Arbeiter erklärten sich schließlich mit der mündlichen Erklärung des Herrn Kahle einverstanden. — Es fiel bei der ersten Fabrikbesprechung auf, daß sich das Kontingentspersonal von allen drei Betrieben, darunter sogar der Meister von der Blegerei, eingefunden hatte. Die von Herrn Kahle als beleidigend angelegenen Worte seiner Arbeiterin sollen übrigens nicht in der Fabrik, sondern außerhalb derselben gefallen sein. Eine nochmalige Anfrage der Arbeiterin um Beschäftigung hatte keinen Erfolg. Sie bestand nun auf Kündigung und der Direktor zahlte ihr den Lohn für 14 Tage im voraus. Arbeiter und Arbeiterinnen! Dieses Vorwissen zeigt wieder recht deutlich, wie unbedingt notwendig es ist, daß sich alle Männer und Frauen der Organisation anschließen, nur so ist im stande, bevorstehende Uebelstände zu beseitigen. Die Einführung von fremden Arbeitskräften in noch anderen Fabriken mehr, sich von Woche zu Woche, und es gilt deshalb, Augen und Ohren offen zu halten! — Daß das ruhige und durch die Sachlage bedingte, durch aus angemessene, großem Schaden vorbeugende Verhalten des Bevollmächtigten hier und da Mißtrauen begegnen ist, leidet eine Beschleunigung, wie sie immer und immer wieder in solchen Fällen auftritt. Damit lernen sich die auf vorgeschriebenen Rollen stehenden Werdauer Arbeiter der Arbeiterchaft schließlich abzuheben. Was der Meister, Erfahrung und Pflichtgefühl sind, ist schließlich auch das Vertrauen aller Einsichtigen entscheidend die Verunglückten. Am vorliegenden Falle verdient der Bevollmächtigte alle Anerkennung!

Verleger: Clemens Witten, Witten. — Redakteur: Paul Wagemer, Chemnitz. — Drucker: Sandberg & Co., Chemnitz.